

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 5. Fernsprecher: Hanfa 2447—51

Nr. 51

Hamburg, den 19. Dezember 1919.

4. Jahrg.

Inhalt:

Die Verwertung der Auslandseffekten	Seite 921
Die Silberkrise in Frankreich	" 923
Länder-Berichte:	
England	" 924
Tschecho-Slovakai	" 926
Französisch-Westafrika	" 928

Weltwirtschaftliche Übersichten:

Geld und Kapital	Seite 930
Schifffahrt und Schiffbau	" 931
Rohstoffe und Warenmärkte	" 932
Getreide und Futtermittel	" 935
Neueingänge	" 936

Die Verwertung der Auslandseffekten

Eine Volkswirtschaft kann den Überschuß ihrer Forderungsbilanz außer in zinslosem Goldhort oder Warenvorräten nur als Kapitalanlage im Auslande investieren, und zwar erscheinen dann diese Auslandsanlagen meist effektenförmig und bilden damit einen bei genügender geographischer Differenzierung stets realisierbaren und sehr rentablen Bestandteil des Volksvermögens, der bei reichen Ländern bis zu 30 % desselben betragen kann. Ist das Motiv der Anlage volkswirtschaftlichen Überschusses in fremden Papieren regelmäßig das rein privatwirtschaftliche der höheren Verzinsung, so stellt doch andererseits der Besitz an Auslandseffekten ein viel zu wichtiges Instrument staatlicher Machtpolitik dar, als daß nicht der Staat seit je versucht hätte, Richtung und Intensität des Kapitalexportes zu beeinflussen. Infolge des so feinen politischen Kollektivinstinktes seiner Volksgenossen hat England sich auf kaum merkliche, mittelbare Einwirkung beschränken können; die deutsche Regierung stand der ganzen Materie überhaupt mißtrauisch und beinahe feindlich, jedenfalls sehr zurückhaltend gegenüber; ihre Auffassung wurde durch eine Interpellation des Reichstages von 1911 erhellt, wo sie diese ihre ablehnende Haltung mit der angeblich durch den Kapitalexport hervorgerufenen Kurs- und Absatzverschlechterung der deutschen Staats- und Kommunalanleihen begründete. Die französische „Politique financière“ war dagegen durchaus aktiv und zwang den französischen Kapitalisten infolge einer rein machtpolitisch motivierten Propaganda ein ungeheures Material z. T. fragwürdigster Natur auf. Vornehmlich aber war die französische Auslandsinvestition zu einseitig — und gerade in der möglichst geographisch-differenzierten Verteilung liegt ja die Elastizität und damit Sicherheit des Portefeuilles einer Volkswirtschaft von ausländischen Kapital- und Forderungsrechten. Frankreich aber hat rund $\frac{1}{3}$ seines Auslandskapitals in Rußland stecken, wohl an 20 Milliarden fr, während ein großer Teil der übrigen 40 Milliarden fr in Südamerika investiert war, allein in Argentinien 1100 Mill., in Brasilien 1200 Mill., im Kongostaat

1250 Mill., in Portugal 1350 Mill., in Griechenland 300 Mill., im Balkan 1050 Mill., in Mexiko 850 Mill., in Ägypten 3050 Mill. fr. Namentlich die brasilianischen Anlagen sind zum großen Teil notleidend geworden.

Auch England hat in der Auswahl seiner effektenförmigen Kapitalanlagen im Auslande nicht immer die glücklichste Hand bewiesen. Trafen es doch allein in jüngster Zeit nach den letzten Jahresberichten des Committee of foreign Bondholders die Wortbrüchigkeit Guatemalas betr. Wiederaufnahme der Zahlungen, die natürlichen Katastrophen des sansalvadorischen Wirtschaftslebens, Brasiliens weiterer Rückstand in gewissen Amortisationszahlungen, die Nichterfüllung der Fundierungsabkommen mit Bahia und Buenos Aires und die Rückständigkeit der Zinszahlungen der Provinzen Manaos und Corrientes. Auch Honduras und Equador blieben ihm weiterhin böswillige Schuldner, St. Domingo forderte und erhielt Aufschub. Ebenso blieben die neun wortbrüchigen amerikanischen Bundesstaaten unentwegt notleidend. Was dieses Versagen eines großen Teiles der süd-, mittel- und nordamerikanischen Werte zahlenmäßig bedeutet, ersehen wir aus der folgenden Gliederung des englischen Besitzes an Auslandseffekten, die unlängst der „Statist“ geboten hat

(in 1000 £):

Vereinigte Staaten ..	650 000	Spanien	22 069
Kuba	33 140	Türkei	19 516
Philippinen	8 587	Italien	12 460
Argentinien	312 727	Portugal	8 186
Brasilien	155 236	Frankreich	13 520
Mexiko	99 676	Deutschland	6 364
Chile	63 676	Versch. europ. Staaten	72 139
Uruguay	36 124	Japan	62 816
Peru	34 370	China	44 633
Versch. amer. Staaten	26 847	Versch. andere Staaten	70 777
Rußland	87 501		

Insgesamt: 1,9 Milliarden £, d. i. beinahe das Doppelte des deutschen Auslandseffekten-Portefeuilles vor dem Kriege, wenn wir dieses mit ca. 20 Milliarden Mark ansetzen. Und

zwar machen die Nordamerikaner 34 % des englischen Gesamtbesitzes aus. Dazu kommen noch ungeheure Bestände an Kolonialwerten, bei sehr vorsichtiger Schätzung wohl insgesamt 2 Milliarden £; aber diese vermögen wir nicht als Auslandseffekten in unserem Sinne anzusehen, ihre Verwertung bildet vielmehr hinsichtlich der Forderungs- und Zahlungsbilanz des gesamten Empire eine Kreditaufnahme seiner eignen Glieder. Das ist aber grundsätzlich bei der Verwertung echter Auslandswerte nicht der Fall: Bezahle ich meinen holländischen Käselieferanten z. B. mit einem 4%igen schweizerischen Kommunalpapier, so ist dieser in bezug auf die deutsche Forderungs- und Zahlungsbilanz definitiv befriedigt, ihm erwachsen aus diesem Papier ja nicht 4 % jährliche Zinsforderungen an die deutsche Forderungsbilanz, sondern eben an die schweizerische. Es sind diese Auslandseffekten recht eigentlich nationale Ersparnisse; verschlimmert sich nun einmal die Vermögenslage des betreffenden Staates, der diese Ersparnisse gemacht hat, d. h. verschob sich das Verhältnis seiner „Einnahmen“ und „Ausgaben“ zu seinen Ungunsten, — sei es als Minderung des Exportes durch militärische Produktionsabsorption und die daraus folgende Verminderung wirtschaftlicher Expansivkraft, sei es als Suspension laufender Einnahmen aus Auswandererrimessen, Schifffahrts- und Versicherungsgewinnen u. a. m. —, so muß er diese Ersparnisse angreifen, d. h. verkaufen oder verpfänden, und dieser Verkauf oder Verpfändungsakt wird dann seine verschobene Forderungsbilanz wenigstens zum Teil wieder ausgleichen vermögen; natürlich gibt es noch andere Palliativmittel zur Wiederherstellung des Gleichgewichts der Forderungsbilanz: Kredit- und Goldpolitik, aber ausländische Wertpapiere sind ein besonders liquides Ausgleichsmittel — das vor allem nicht zinslos ist, wie eine entsprechende Goldreserve. Damit aber ist ihre valutapolitische Bedeutung bereits genügend gekennzeichnet: Valutapolitik ist „Ausgleichspolitik“ (Prof. Fr. Schmidt: „Internationaler Zahlungsverkehr usw.“). Und diese valutarische Bedeutung der Effektenmobilisation ist offiziell auch immer in den beteiligten Staaten in den Vordergrund gerückt worden; so mobilisierte Mc. Kenna die „American Securities“ „to use them chiefly as collateral in stabilizing exchange rates“ — so motivierte Deutschland den Aufruf der Auslandswerte mit dem ausdrücklichen Betonen, „daß die Aufnahme lediglich im Interesse der deutschen Handelspolitik, insbesondere der Valutapolitik erfolge.“

*

Diese Funktion als Ausgleichsreserve der Forderungsbilanz müssen nun die Auslandseffekten sobald automatisch, d. h. privatwirtschaftlich begründet, ausüben, wie die Fesselung des staatlichen Goldhortes das Triebwerk der „Goldpunkte“ hemmt; wie mithin die Wechselkurse des Auslandes infolge Verschiebung der Forderungsbilanz derart steigen können, daß dem privaten Besitzer beim Verkauf seiner Auslandswerte ein erheblicher Valutagewinn zufällt. Und tatsächlich haben ja auch im Kriege solche privaten Effektenverkäufe aus kriegführenden Staaten in großem Umfange stattgefunden; zumal ja auch mit den Kriegsanleihen allenthalben eine breite und hochverzinsliche Inlandsanlage ermöglicht war. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß vor der jeweiligen „Mobilisation“ aus englischer Privathand 3—4 (12 %), von deutschen 2,5—3 Milliarden M (10 %) abgestoßen wurden — beide Male hauptsächlich Amerikaner; immerhin waren Mitte 1917 noch immer in Deutschland ganz bedeutende Beträge amerikanischer Effekten vorhanden, von denen schon anlässlich der Ausgabe der sechsten Kriegsanleihe ein ansehnlicher Teil zum Verkauf gelangte, auch nachdem die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten abgebrochen waren und der direkte Verkehr dahin unmöglich geworden war.

Seitdem kam eben noch immer Holland als Aufnahmegebiet in Betracht, bis dieses Mitte Mai 1918 die Einfuhr ausländischer Effekten ebenfalls verbot bzw. unter strengste Zulassungskontrolle des Finanzministeriums stellte — welchem Vorgang bekanntlich Anfang Oktober 1918 Spanien folgte. Holland begründete dieses Vorgehen mit dem Hinweis, daß seit Anfang 1917 200—250 Mill. fl Auslandswerte eingeführt worden seien, eine Summe, die die begrenzte Aufnahmekapazität des Landes bei weitem übersteige. In der Tat war ja der Zustrom fremder Effekten seit Kriegsbeginn ein ganz ungeheurer. Landsburgh hat ihn auf mindestens 400 Mill. fl bis Ende 1916 geschätzt. Einen derartig starken Zuwachs des Volksvermögens an Forderungsrechten und Besitzdokumenten abzustoppen nahm allerdings dem gangbarsten internationalen Zahlungsmittel der Gegenwart seine Geltung und war also vom Übel für die auf die Handelsvermittlung angewiesene holländische Erwerbstätigkeit. Darin hat Landsburgh entschieden recht. Auch insoweit er die Effekteneinfuhr einer Goldeinfuhr vorgezogen wissen will; es handelt sich aber nicht um das Dilemma: Effekten oder Gold, sondern Effekten oder Waren, was wir so recht deutlich aus der holländischen Regierungsdenskripte über die Errichtung der Exportzentrale erkennen können. In dieser Denkschrift wird ausgeführt, wie die Kriegführenden dem Lande Waren entzogen und dafür Gold oder Forderungstitel hingaben, nicht aber wieder Waren und so die Versorgung des Landes und seiner Industrie aufs schwerste gefährdeten. Derart betrachtet, kann man dem Verbot, das zum Teil allerdings auch auf derartigen unliebsamen Einzelvorkommnissen, wie dem Zusammenbruch des Emissionshauses Erdmann & Hethey in Amsterdam, fußte und wohl zudem die Amsterdamer Haussehypnose in Auslandswerten dämpfen wollte, nicht die Berechtigung absprechen.

In dem programmatischen Exposé des britischen Schatzkanzler heißt es nun über diese aus der Privatinitiative hervorgehenden Verkäufe in bezug auf England: „If the institutions and private persons were left to themselves it was not probable, that the full advantage would be taken for these purposes“. Und diese Zwecke, auf die der Kanzler hier anspielt, sind eben valutapolitische; nicht zu unrecht bezweifelte er, ob die Privatinitiative ausreiche, die volle Ausgleichswirkung aus den Auslandswerten herauszuholen. Denn erstens hielten Banken, Versicherungsgesellschaften usw. sowie Rentiers und Kauflente ihre Effekten spekulativ zurück, indem sie also à la Hausse mit der Valuta ihrer Papiere spekulierten; zweitens aber verwandten sie die aus den Verkäufen entstehenden Auslandsguthaben nicht in einer volkswirtschaftlich richtigen Weise, d. h. zur Bezahlung unentbehrlichen Auslandsbedarfs. Diese Erkenntnis führte England dazu, „to get these securities as far as possible into one hand“. Immerhin sahen sich auch die Lordkommissare des Schatzamtes Anfang 1917 veranlaßt, alle holländischen oder skandinavischen Papiere aus dem Lombard zu entlassen, vorzusetzen, daß die Besitzer die ausgelieferten Werte unverzüglich in Holland, Dänemark, Norwegen oder Schweden verkauften und den Erlös sofort nach England remittierten und einbehielten. Im übrigen schränkte man den privaten Effektenverkehr außerordentlich ein, während Deutschland, das ja nur einige Kategorien seines Auslandseffektenbestandes aufrief, sich zunächst nur in der zweiten Devisenordnung eine Verwendungskontrolle der aus den Verkäufen erzielten Erlöse vorbehielt und den Tausch von Effekten gegen Auslandswaren kontrollierte, sonst aber der privaten Initiative vorerst freie Bahn ließ.

Beide Methoden, die der völligen Verstaatlichung der

Auslandseffekten und die liberalere der nur teilweisen Mobilisation haben ihre Vor- und Nachteile. Die Nachteile rein privater Verwendung sind die Möglichkeit spekulativer Zurückhaltung und unerwünschte Erlösverwendung. Dafür wird aber der Privatwirt meist bessere Kurse erzielen, als der Staat bei Kollektivveräußerung; außerdem aber verleitete die Fülle, die sich in der Hand der betreffenden mit der Durchführung der Mobilisation betrauten Behörde ansammelnden Materials leicht zu rücksichtsloser Verschwendung; „We venture to think that there is a special danger, namely that the Government may be tempted to use its resources somewhat recklessly and unmindful of the fact that they represent in a very real sense the capital of the country so that every transfer of securities to the States strengthens the economic position of America both now and after the war“ schreibt Bankers Magazine schon im Dezember 1916. Immerhin sieht man leicht ein, daß diese Nachteile staatlicher Verwendung insbesondere der letzte der Verschwendung nicht unvermeidlich sind: Eine Behörde, die die Forderungsbilanz ihres Landes statistisch erfaßt vor sich liegen hat, und die kaufmännisch gut durchgebildet ist, wird nicht verschwenderisch zu sein und auch nicht grundsätzlich schlechte Kurse zu erzielen brauchen, zumal es ihr ja frei steht, im Wege der Lombardierung mit der Effekterwerbung großzügige Kreditpolitik zu verbinden.

Lombardierung steht ja auch dem privaten Effektenbesitzer offen, und auch er wird die Verpfändung vorziehen, wenn die Entäußerung noch verschleiert werden soll, oder man mit baldigem Steigen der eigenen Wirtschaftskraft rechnet und solange wie möglich die Kontrolle über gewisse Werte bewahren möchte, wie England und Frankreich in bezug auf die Prioritäten der Niederländischen Petroleumgesellschaft und die Suezaktien; oder man Kursspekulation à la hausse treibt

oder wenigstens Kurssicherung in dem Sinne versucht, daß man den Lombardlimit höher stellt als das Kursrisiko bei börsenmäßigem Verkauf einzustellen ist.

Gerade dieser letztere Grund ist für Englands Wertungspolitik von entscheidender Bedeutung gewesen: man fürchtete, daß die Kapitalkapazität selbst der Vereinigten Staaten nicht hinreichen würde, so ungeheure Mengen von Wertpapieren zu absorbieren bzw. zu angemessenen Kursen hereinzunehmen, ganz abgesehen davon, daß in der Tat ein derartiges plötzliches Hineinfropfen von Milliardenwerten geeignet gewesen wäre, die amerikanische Volkswirtschaft wenigstens momentan zu stören — was aber schon aus politischen Gründen ängstlich vermieden werden mußte; so versprach denn auch MacKenna in seiner Rede vom 14. 12.: „they would certainly exercise every care that nothing was done to embarrass the financial interest of that country“. Auch war der Schatzkanzler von Morgan, seinem Finanzkommissar in der Union, ausgesprochen davor gewarnt worden, die New Yorker Börse mit der ganzen Masse der mobilisierten Papiere zu „dumpen“: „This authority stated that Wall Street has been gorged with American Securities from abroad since the war began, and could not assimilate them in large chunks“. Er fügte hinzu: „If the securities are to be tucked away as collateral against a further credit or loan, it would be a different matter“.

So steht denn jedenfalls fest, daß beide Staaten den Hauptteil des mobilisierten Materials in Lombard als Kreditsicherung verwandten und zwar meist in Kombination mit Inlandspapieren, Schatzwechseln usw. Bei der Anleihe von Ende 1916, die Britannien in den Vereinigten Staaten aufnahm, waren beispielsweise die Hälfte der Pfandsicherheit amerikanische Werte (180 Mill. \$), die andere Hälfte aber setzte sich aus neutralen, alliierten und kolonialen Werten zusammen.

(Ein zweiter Aufsatz folgt.)

Dr. Hans-Otto Schultz

Die Silberkrisis in Frankreich

Durch die Preissteigerung des Silbers und ihre geldpolitischen Folgen ist Frankreich ganz besonders in Mitleidenchaft gezogen worden. Bekanntlich nimmt das Silber in dem eigenartigen französischen Währungssystem einen besonderen und bevorzugten Platz ein. In normalen Zeiten hatte die Bank von Frankreich die Wahl, letzten Endes in Gold oder in Silbergeld zu zahlen bzw. ihre Noten einzulösen. Dadurch sollte ein Abströmen desjenigen Metallgeldes, dessen Platte im betreffenden Augenblick gerade höher bewertet wurde, vermieden werden.

Zurzeit gewährt die Bank von Frankreich jedem Kunden nur noch 10 Franken in Silbergeld gegen ihre Noten. Der Silberbestand der Bank von Frankreich belief sich am 2. 7. 14 auf rund 638,88 Mill. fr. Am 2. 1. 19 hatte er um mehr als die Hälfte abgenommen; er betrug nur noch rund 318,35 Mill. fr Silber. Am 12. 12. 19 war er weiter auf 276 Mill. fr gesunken. Der Abfluß im Jahre 1919 stellte sich mithin auf nicht weniger als rund 42 Mill. fr.

Dieser Rückgang ist auf wenige Grundübel zurückzuführen. Zunächst wird das Silbergeld vom Publikum aufgespeichert. Diese Schatzbildung erklärt sich aus der Unsicherheit der Kriegsjahre. Man rechnete mit Möglichkeiten wie Niederlage, Zusammenbruch des Staates, Staatsbankrott. Nach Verlust der Geldeigenschaft des Silbergeldes bleibt immer noch sein Materialwert als letzte Sicherung, wenn er auch zeitweilig nicht der Geltung gleichkommt. Als aber infolge

der Silbersteigerung der Silbergehalt des Geldes sogar einen höheren Wert erlangte als seine Geltung, da setzte die industrielle und kommerzielle Verwendung des Silbergeldes ein; das allgemeine Bekanntwerden dieser Verwendung durch die Berichte der Presse und die dagegen getroffenen gesetzlichen Maßnahmen verstärkten gleichzeitig noch die Neigung, das Silbergeld zu thesaurieren.

Das Einschmelzen des Silbergeldes kann erfolgen, um das gewonnene Material im Inlande zu verarbeiten. Es kann aber auch dem industriellen Bedarf des Auslandes zugeführt werden. Ferner ist zu berücksichtigen, daß Frankreich Mitglied der lateinischen Münzunion ist. Das französische Silbergeld gilt beispielsweise auch in der angrenzenden Schweiz. Da nun das Schweizer Geld gegenüber dem französischen höher im Werte steht, so ist es ein gutes Geschäft, das französische Silbergeld nach der Schweiz zu bringen. Der französische Kaufmann, der Wareneinfuhr aus der Schweiz zu bezahlen hat, fährt auf diese Weise besser, als wenn er erst für französisches Papiergeld schweizerische Valuta erstelt. Aber auch ohne solche oder ähnliche Zahlungsverpflichtungen ist bei dem derzeitigen Stande der Valuta ein Gewinn zu erzielen, indem man das französische Silbergeld in Schweizer Banknoten zur gleichen Geltung umtauscht und diese Schweizer Banknoten wiederum in französische Noten einwechselt. Aus Savoyen laufen dauernd Berichte über derartige Geschäfte ein.

Ganz allgemein wird nun aber im Verkehr mehr Sil-

bergeld benötigt als vor dem Kriege, weil die Warenpreise allgemein gestiegen sind. Bei Käufen, die früher nur auf kleine Beträge lauteten, mithin mit Kupfer- und Nickelgeld erledigt werden konnten, muß heute, infolge der viel höheren Kaufsummen, zu Silbergeld gegriffen werden.

Das Verschwinden des Silbergeldes hat in Frankreich erst im Jahre 1919, im Zusammenhang mit der in diesem Jahre eingetretenen gewaltigen Teuerung des Silbers, größeren Umfang angenommen. „Information“ Nr. 293 v. 30. 10. 19 erzählt von regelrechten Jagden auf die Händler mit Silbergeld. Ein gewisser Bellamy habe für 160'000 fr Silbergeld zu 6 fr für ein Fünffrankstück gekauft und eingeschmolzen. Nach dem gleichen Blatte vom 31. 10. 19 zahlte ein auf frischer Tat erappter Italiener für Einfrankstücke 1,60 fr, für Fünffrankstücke 7 fr und für Zwanzigfrankstücke 40 fr. Es wird berichtet, daß sich Juweliere in bestimmten Kaffeehäusern regelmäßig zu treffen pflegen, um Agiohandel mit Silbergeld zu treiben. „Statist“ v. 1. 11. 19 stellt fest, daß man in Frankreich für 100 fr Silbergeld 140 fr in Banknoten zahle. Nach dem „Matin“ v. 29. 10. 19 ist London ein Platz, an dem französisches Silbergeld in Hunderttausenden von Unzen eingeschmolzen wird.

Mit besonderer Vorliebe benutzen die Agioteure die silbernen Fünffrankstücke für ihre Zwecke, denn diese haben den höchsten Silbergehalt. Er beträgt 900 Tausendstel gegen 835 Tausendstel bei den sonstigen Silbermünzen.

Beim Einschmelzen des Silbergeldes müssen allerdings die Unkosten dieses Verfahrens in Rechnung gestellt werden. Darauf begründet der Direktor der französischen Münze eine allzu optimistische Auffassung von der gegenwärtigen Krisis des französischen Silbergeldes. („L'Information“ Nr. 294 v. 31. 10. 19.) Nach der Relation von 835 g Silber auf 1000 g Silbergeld kommt man, so erklärte er, auf 20 kg 875 g Silber in 25 kg Silbergeld. Das macht nach dem „inneren Wert“ (Silbergehalt) 6993 fr, und nach dem Nominalwert (Geltung) 5000 fr, woraus sich ein Agio des Silbers von 1993 fr ergibt. Aber wer das Silbergeld eingeschmolzen hat, muß es erst einem Raffineur übergeben. Er muß auch die Leute bezahlen, die es für ihn aus dem Verkehr zusammenlesen. Nach Meinung des Münzdirektors beträgt daher der Gewinn auf 5000 fr Silbergeld kaum einige Hundert fr. Wie aber wenn Sammler, Einschmelzer und Raffineur sich in einer Person vereinigen? Daß die Rechnung des Münzdirektors ein Loch hat, geht jeden-

falls aus der unbestreitbaren Tatsache eines schwunghaften Handels mit Silbergeld und zunehmenden Abströmens dieser Münze aus dem Verkehr zur Genüge hervor.

Auch die Prägeziffern beweisen es. Von 1915 bis 1918 mußte um etwa die Hälfte mehr Silbergeld ausgegeben werden als in den letzten 34 vorangegangenen Friedensjahren. Die Prägeziffern betragen vom 1. 1. 1880 bis zum 31. 12. 1914 299,5 Mill. fr, von 1915 bis 1918 dagegen nicht weniger als 446 Mill. fr. 1918 wurden 92,4 Mill. fr in Silber ausgebracht (98,6 Mill. Silbergeldstücke zu 2, 1 und 1/2 fr) auf insgesamt 115,4 Mill. fr metallischen Neugeldes.

Die Maßnahmen, die die Regierung bisher getroffen hat, um der Schwindsucht des Silbergeldes abzuweichen, haben keinen merklichen Erfolg gezeitigt. Es sind Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen zu unterscheiden. Durch Gesetz vom 16. 2. 16 wurde der Handel mit französischem Geld für die Dauer des Krieges verboten. Durch Gesetz vom 16. 10. 19 wurde die Geltungsdauer dieses Gesetzes über die Kriegszeit hinaus verlängert. Ein anderes Gesetz vom 20. 10. 19 belegt das Einschmelzen und überhaupt jegliche Demonitisation französischen Geldes mit Geld- und Gefängnisstrafen. Im Verwaltungswege ist der Export von Silbergeld in Beträgen über 10 Franken je Person verboten worden, zuletzt am 12. 7. 19. Endlich hat der Justizminister die Staatsanwälte in einem Rundschreiben angewiesen, gegen die Münzverbrechen mit ganz besonderem Nachdruck und mit unnachsichtlicher Strenge vorzugehen.

Das sicherste Mittel, dem Verschwinden des Silbergeldes Einhalt zu tun, wäre eine erhebliche Herabsetzung des Silbergehaltes der Geldstücke bei gleichbleibender Geltung. Sobald der Silbergehalt der Stücke einen niedrigeren Preis hat als die Geltung, ist ein Einschmelzen derselben nicht mehr zu befürchten. 1865 ist der Feingehalt der französischen Silbermünzen schon einmal von 900 g auf 835 g je 1000 g Raughewicht vermindert worden (abgesehen vom Fünffrankstück). Aber Frankreich darf in dieser Frage nicht nach eigenem Ermessen verfahren, sondern es entscheidet die lateinische Münzunion in ihrer Gesamtheit. Langwierige Verhandlungen wären daher notwendig, um eine Verschlechterung der Legierung des Silbergeldes vorzunehmen bzw., was auf dasselbe hinausläufe, die Geltung bei gleichbleibender Legierung erhöhen zu können.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

England

Die Antidumpingbill

Am 19. 11. ist unter dem Titel: „Imports and Exports Regulation Bill 1919“ der seit langem angekündigte Gesetzentwurf gegen das Überfluten des Marktes mit billiger Auslandsware (Dumping) bekanntgegeben. Am 21. 11. hat ihn die Presse abgedruckt, aber es ist eine geraume Zeit vergangen, ehe man die Stellungnahme der Parteien erkennen konnte. Heute ist die Lage so weit geklärt, daß man ein Urteil über das lange und komplizierte Gesetz und seine Aufnahme bei dem englischen Volk fällen kann.

Der Gesetzentwurf bringt viel mehr als eine Gesetzgebung gegen das Dumping. Er bringt im großen und ganzen die Erfüllung fast aller Wahlversprechen, die Lloyd George s. Zt. gegeben hat und enthüllt darüber hinaus das wahre Gesicht der gegenwärtigen englischen Regierung: er beweist von neuem den imperialistisch-merkantilistischen Charakter des Regimes Lloyd Georges. Betrachten wir den Entwurf etwas

näher. Er bezeichnet sich im ersten Absatz als ein Gesetzentwurf zur Errichtung eines Komitees für die Regulierung des Handels“. Sein Zweck sei ferner die Regelung der Einfuhr von Gütern, um das Dumping zu verhindern, die Schlüsselindustrien zu heben und die durch die Entwertung einer fremden Valuta betroffenen Gewerbe zu schützen. Des weiteren diene er der Förderung und Neubelebung der Hopfenkultur und der zeitweiligen Regelung der Ausfuhr gewisser Güter; auch sehe er die Bevollmächtigung des Handelsamtes, Kredite zu gewähren und Versicherungsgeschäfte abzuschließen, vor, um den überseeischen Handel wieder aufzubauen; aber sein wirklicher Zweck dürfte tiefer liegen, wie die folgenden Zeilen zeigen sollen.

Man kann das geplante Gesetz in zwei Teile zerlegen: Im ersten wird die Errichtung eines neuen Ausschusses, des „Trade Regulation Committee“, vorgesehen, im zweiten dem

Handelsamt und dem Trade Regulation Committee eine Reihe von Vollmachten gegeben, die sie ausüben können, wenn es ihnen gut erscheint.

1. Das Trade Regulation Committee. Es besteht aus folgenden Mitgliedern: dem Präsidenten des Handelsamts, dem „Financial Secretary“ des Schatzamts, dem „Parliamentary Undersecretary“ für auswärtige Angelegenheiten, dem „Secretary of the Department of Overseas Trade“, den ständigen Sekretären des Handelsamts, dem „Comptroller of the Department of Overseas Trade“, sowie zehn Mitgliedern des Unterhauses, die vom Unterhaus selbst zu erwählen sind. Dieses Komitee hat alle Verordnungen, die das Handelsamt in Gemäßheit dieses Gesetzes erläßt, zu bestätigen, bevor sie Gesetzeskraft erlangen. Nur in Ausnahmefällen kann das Handelsamt Notverordnungen treffen, die dann jedoch nur 21 Tage Gültigkeit haben, es sei denn, daß sie nachträglich bestätigt werden. Dem Komitee steht ferner die Berufung gegen Maßregeln des Handelsamts — z. B. bei der Erteilung von Lizenzen usw. — frei. Es ist also gleichsam eine Art parlamentarische höhere Instanz und umgibt die Verordnungen mit einem parlamentarischen Mäntelchen. Da aber seine wichtigsten Mitglieder, nämlich der Präsident und die ständigen Mitglieder zugleich auch die wichtigsten Bestandteile des Handelsamts sind, ist anzunehmen, daß man die Maßnahmen des Handelsamts in der Regel gutheißt wird.

2. Die neuen Vollmachten. Als erste der neuen Vollmachten erscheinen die Vorschriften über das Verhüten des Dumping. Danach wird Dumping definiert als der Verkauf von Gütern in England unter dem Preis im Herstellungsland oder, falls sie nicht im Herstellungsland verkauft werden, in einem dem Herstellungsland nahe gelegenen Markt. Wird ein solcher Verkauf in England systematisch und zum Schaden der englischen Industrie vorgenommen, so kann sowohl der Verkauf wie auch die Einfuhr der betreffenden Güter verboten werden. Von dem Verbot können Ausnahmen durch Lizenzerteilung gemacht werden, wenn der Importeur sich bereit erklärt, die Differenz im Preise dem Schatzamt zu erstatten (Antidumpingzoll). Es genügt für den Erlaß des genannten Einfuhr- und Verkaufsverbotes schon die Möglichkeit des Dumping und die Möglichkeit der Schädigung eines englischen Gewerbes durch dasselbe. Eine Menge höchst einschneidender Kontrollmaßregeln soll das Funktionieren der Vorschriften gewährleisten.

Auf diese Paragraphen hat sich die Kritik konzentriert. Die Arbeiter und die Unabhängigen Liberalen Englands sind einer Antidumping-Gesetzgebung überhaupt abgeneigt, 1. weil die englische Industrie selbst das Dumping im größten Umfange betreibt und man auf Wiedervergeltung gefaßt sein müsse, 2. weil es nicht immer ein schlechtes Geschäft sei, eine halbe Krone mit zwei Shilling zu kaufen. Aber auch die Koalitionsliberalen verwerfen diese Paragraphen, weil sie über das hinausgingen, was Lloyd George im Koalitionsprogramm dargelegt habe: Dort habe er unter Dumping den Verkauf einer Ware unter dem Herstellungspreis verstanden, nicht unter dem Verkaufspreis in der Heimat. Gleichwohl ist kaum zu erwarten, daß über diesen Punkt eine Spaltung der Koalition eintritt, denn wer so argumentiert, übersieht, daß es gar nicht möglich ist, die Produktionskosten einer Ware in einem fremden Land für die Zwecke dieses Gesetzes einwandfrei zu ermitteln. Überhaupt aber wird die Bedeutung dieses Absatzes, wenigstens für die Gegenwart, überschätzt. Auf lange Zeit hinaus dürfte kein Mensch an Dumping denken, denn die ganze Welt leidet an Warenmangel, nicht an Warenüberfluß, der die Voraussetzung des Dumping wäre.

Viel wichtiger ist der nächste Abschnitt, der unter der harmlosen Überschrift „Schutz der Industrien, die durch Entwertung einer fremden Valuta betroffen werden und der Schlüsselindustrie“ den ganzen Charakter des Gesetzes enthält. (Part. III. 9 (1) c): „Das Handelsamt darf durch Verordnung die Einfuhr von Gütern jeglicher Art aus einem Lande verbieten, wenn es der Überzeugung ist: daß eine starke Entwertung der Valuta Platz gegriffen hat, die nicht durch ein gleichzeitiges Steigen der Preise ausgeglichen ist, daß sie den Verkauf der Waren und Erzeugnisse des betr. Landes im Vereinigten Königreiche zu Preisen ermöglichen könnte, die wesentlich unter den Preisen im Vereinigten Königreich stehen“

Dieser Paragraph gibt dem Handelsamt die weitreichendsten Vollmachten; er ermöglicht es, die Einfuhr beliebiger Länder zu verbieten, sobald ihre Valuta im Werte gesunken ist. Denn wer kann entscheiden, ob das Steigen der Preise das Sinken der Valuta ausgeglichen hat oder nicht?

Der Schutz der Schlüsselindustrien wird in der Weise durchgeführt, daß dem Handelsamt das Recht zuerkannt wird, die Einfuhr der in Frage kommenden Waren zu verbieten. Als solche werden genannt: Teerderivate, eine Reihe von Farben und Farbstoffen, von Arzneien, Desinfizienzien, chemischen Reagenzstoffen und anderen Chemikalien.

Ferner optisches Glas, einschließlich Linsen, Prismen und ähnliche optische Materialien, wissenschaftliche Glasinstrumente, gläserne Leuchtkörper, Laboratoriumsporzellan, wissenschaftliche und optische Instrumente, verschiedene Kali- und Wolframverbindungen, Zinkoxyd, Lithopon, Kohlenstifte für Bogenlampen und Elektroden, Magnetzündler und Stabmagnete, Maschinenwirknadeln, Schub- und Schraubleeren Thorium, Gasglühstrümpfe.

Für die beiden zuletzt genannten Waren ist die Vollmacht des Handelsamts auf drei Jahre nach Friedensschluß beschränkt. Der gleiche Paragraph gewährt dem Handelsamt die Vollmacht, die Hopfeneinfuhr innerhalb von vier Jahren nach Friedensschluß zu verbieten.

Es wäre hier wohl am Platze zu fragen, ob es nicht möglich gewesen wäre, die der Hopfenkultur, die sich ohne Schutzzoll entwickelt hat, auch ohne Schutz wieder zur Blüte zu verhelfen. Aber durch die Korngesetze hat sie im Kriege gelitten und die Regierung fühlt somit die Verpflichtung, ihr den Schaden zu ersetzen, den ihre Maßregeln verursacht haben.

Bei allen diesen Verboten sind sorgfältige und umständliche Kontrollmaßregeln vorgesehen. Das Handelsamt behält ferner stets das Recht, soweit es sich um Waren handelt, deren Einfuhr verboten ist, Höchstpreise festzusetzen und durch Ausstellung von Lizenzen Ausnahmen zu gestatten. Diese Lizenzen sollen namentlich dann erteilt werden, wenn es sich um die Einfuhr von Produkten des Imperiums handelt. So findet auch der Gedanke der Kolonialbevorzugung in dem Gesetz einen Platz; er bleibt jedoch eine schöne Phrase, die wenig zu sagen hat, da die Kolonien nur in sehr beschränktem Maße zur Herstellung der in Frage stehenden Produkte in Betracht kommen. Auch ist vorgesorgt, die Durchfuhr nicht zu behindern, gleichviel ob es sich um einen eigentlichen Transitverkehr handelt, oder um Veredelungsverkehr oder Weiterverarbeitung. Bei Identitätsnachweis können etwa verausgabte Zölle zurückvergütet werden.

Bisher haben wir in diesem Gesetz nur Maßregeln zum Schutz der Industrie gegen fremde Konkurrenz kennen gelernt. Damit begnügt es sich aber nicht. Um zu vermeiden, daß das Ausland die Güter ankauft, die England gebraucht und über die es Kontrolle hat, sieht Teil IV, 16 (1) vor, daß die Ausfuhr einer Reihe Artikel auf die Dauer von drei Jahren

durch Verordnung des Handelsamtes verboten werden kann. Diese Artikel sind:

Gold und Silber, geprägt und ungeprägt, Brennstoffe für Explosionsmotore, Hei mittel, Weizen, Fleisch, Zucker, Speisefette, Opium und Opiumpräparate, Kokain und Kokainpräparate.

Die Zeiten eines Colbert liegen noch nicht so weit zurück, wie mancher wohl denken möchte! Aber auch mit diesen Maßregeln sind die Eingriffe des Staates in den Handel noch nicht erschöpft.

Das Kredit- und das Versicherungsprojekt des Handelsamtes erhalten durch das Gesetz ihre Sanktion und zugleich die Klärung einer Reihe noch offener Fragen. Was das erstgenannte Projekt betrifft, so erhält das Handelsamt das Recht, Kredite zu gewähren, die in spätestens sechs Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes zurückgezahlt sein müssen. Das Gesetz tritt rückwirkend mit dem 8. 9. 19 in Kraft. Die Gesamtsumme des Kredits darf 26 Mill. £ auf einmal nicht übersteigen. Die Gewährung der Kredite hat natürlich gegen Provision und in bankmäßiger Weise zu erfolgen.

Die Vollmacht für das Abschließen von Versicherungen soll nur drei Jahre dauern. Auch die Versicherungen sollen in geschäftsmäßiger Weise und aber zum Zwecke des Wiederaufbaues des englischen Handels gewährt werden, wie schon früher besprochen. Auch hier wird das Inkrafttreten des Gesetzes zurückdatiert und zwar auf den 21. 6. 19.

Vom staatsrechtlichen Standpunkt dürfte noch ein gewisses Interesse der Umstand verdienen, daß es sich bei diesem Gesetz weder um eine Finanzvorlage noch um ein Gesetz gewöhnlicher Art handelt, sondern um eine Kombination. Dies macht es notwendig, daß einzelne Paragraphen nicht im üblichen Wege, sondern als Finanzbill behandelt werden müssen; ein präzedenzloser Fall: Der erste Angriff der Opposition im Parlament hat daher an diesem Punkt bereits eingesetzt.

Das Gesetz wird voraussichtlich erst in der nächsten Session zur Beratung kommen.¹⁾ Die Regierung dürfte sich allem Anschein nach darauf versteifen, es durchzudrücken, denn sie sieht darin die Einlösung ihrer Wahlversprechen. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß nicht noch sehr wesentliche Änderungen an der Bill vorgenommen werden können, und es ist leicht möglich, daß durch genauere Definitionen die vielen in ihm enthaltenen Kautschukparagraphen, die zur Zeit durch die liberalen Parteien Englands ausgeschlachtet werden, harmlos gestaltet werden. Es ist daher vorerst müßig über die Wirkung des Gesetzes zu sprechen. Für heute genügt es, festzustellen, daß der Charakter der englischen Regierung in ihm voll und ganz zum Ausdruck kommt. Denn m. E. besteht die Kritik, die Gilbert Beard und A. G. C. Harvey, der Präsident der Free Trade Union, in einem Brief an den „Manchester Guardian“ an dem Gesetz üben, zu Recht. In diesem Brief heißt es u. a.:

„Alle Ungewisheit über die merkantilistischen (protectionist) Absichten des Premier-Ministers und des Kabinetts sind durch die Veröffentlichung der „Imports- and Exports Regulation Bill“ erledigt. Denn obschon die Bill gemeinhin als die „Antidumpingbill“ bezeichnet wird, ist sie in Wirklichkeit eine ausgewachsene Maßregel zur Erleichterung des Industrieschutzes um und um, und zwar soll das durch Mittel geschehen, die verwerflicher und hinterlistiger sind, als irgendwelche Vorschläge der Schutzzöllner während der letzten zwanzig Jahre.“

Die Freihändler Englands dürfen aber nicht übersehen, daß die ausgedehnte Arbeiterschutzgesetzgebung, wie sie jetzt in England zur Durchführung gelangt, bis zu einem gewissen Grade im Schutz der heimischen Industrie gegen ausländische Konkurrenz ein Korrelat findet.

Dr. Th. Plaut

Tschecho-Slovakei

Budget-Defizit — Anleihenmißerfolg und Korruption — Kapitalserhöhungen der Banken — Valutakredite — Außenhandel — Zukunftsmöglichkeiten

Wien, den 6. Dezember 1919.

Ein Nachtrag zum Staatsvoranschlag für das Jahr 1919, der dieser Tage der Tschecho-slovakischen Nationalversammlung unterbreitet wurde, erhöht das Defizit auf 4,9 Milliarden K. Den Staatsausgaben von 8,6 Milliarden stehen Einnahmen von 3,7 Milliarden gegenüber, worin bereits der Erfolg der vor kurzem beantragten neuen Steuern berücksichtigt ist. Die Einnahmen decken somit wenig über 40% der Ausgaben und das in einem Staatswesen, das vorläufig mit keiner Kriegsschuld belastet ist, (der Besitz der tschecho-slovakischen Staatsbürger an österreichischer und ungarischer Kriegsanleihe ist noch immer nicht anerkannt) und das nur einen unverhältnismäßig geringen Teil der österreichischen Vorkriegsschuld zu übernehmen hat. Der Grund für dieses enorme Defizit liegt in erster Linie darin, daß sich die Tschecho-Slovakei noch immer im Kriegszustande befindet, eine Armee von einigen hunderttausend Mann unter Waffen hat und nach der neuesten Gestaltung der Dinge in Ungarn ständig an ihrem Ausbau arbeitet, da man für eine nahe Zukunft auf gefährliche Komplikationen vorbereitet sein muß. Dazu kommt die Front gegen Polen wegen der ungelösten ostschlesischen Frage. An eine radikale Sanierung des Staatshaushaltes kann

solange nicht geschritten werden, als sich nicht die politischen Verhältnisse des jungen Staates einigermaßen konsolidiert haben. Was vorläufig an neuen Steuern eingeführt wurde, bedeutet nicht mehr als einen Tropfen auf einen heißen Stein. Es handelt sich im wesentlichen um Steuerzuschläge, die noch im alten österreichischen Abgeordnetenhaus beantragt waren und von diesem nicht mehr beschlossen werden konnten. Ihr finanzieller Erfolg wird im ganzen auf 125 Mill. K geschätzt. Die Vermögensabgabe, die Finanzminister Dr. Raschin im heurigen Frühjahr mit der größten Energie vorbereitet hat, zieht sich immer mehr hinaus, so daß bereits ernste Zweifel an dem praktischen Wert des damals gewonnenen Vermögenskatasters auftauchen, vor allem aber ist es schwer möglich, eine Finanzreform durchzuführen, bevor eine Nationalversammlung gewählt ist, in der auch die Deutschen vertreten sind.

Denn die gegenwärtige Nationalversammlung besteht nur aus den früheren österreichischen Abgeordneten, die sich durch Kooptierung nach der Mandatszahl der einzelnen

¹⁾ Nach neuerdings eingelaufenen deutschen Pressemeldungen soll wegen des Widerstandes der Opposition, der sich auch die Koalitionsliberalen anzuschließen gedroht haben, die Beratung auf unbestimmte Zeit vertagt worden sein. Man wird die Bestätigung dieser Meldungen in der englischen Presse abwarten müssen, ehe man ein Urteil zu fällen vermag.

früheren Fraktionen ergänzt haben. Das entspricht, wie die Wahl zu den Gemeinderäten gezeigt hat, auch nicht annähernd mehr dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis der Parteien. Wie aber eine aus allgemeiner Wahl hervorgegangene Nationalversammlung aussehen wird, in der sich nicht nur die Deutschen, die wohl heute zwei Drittel der Wirtschaftskraft des Staates repräsentieren, sondern auch die Slovaken und Polen in scharfer Opposition befinden werden und die auf tschechischer Seite wahrscheinlich eine sozialistische Mehrheit aufweisen wird, darüber wagt man heute noch keine Vorhersage. Jedenfalls sind die wachsenden politischen Schwierigkeiten der hauptsächliche Grund für alle wirtschaftlichen, mit denen der tschecho-slovakische Staat zu kämpfen hat. Die ernste Lage der Staatsfinanzen und der Tiefstand der Valuta sind nur Symptome dafür.

So wenig wie Deutsch-Österreich ist die Tschecho-Slowakei imstande, ihr Defizit im normalen Anleiheweg zu decken. Die im September aufgelegte 4%ige Schatzscheinanleihe hat trotz wiederholter Verlängerung der Zeichnungsfrist einen vollständigen Mißerfolg erlitten. Die Zeichnung soll nicht einmal 1 Milliarde ergeben haben. Daran mag vor allem der hohe Zeichnungskurs schuld sein (98 %), den man wohl aus Prestigerücksichten gewählt hat. Aber bei der maßlosen Überwertung aller privater Anlagepapiere (die guten 4%igen tschecho-slovakischen Pfandbriefe notieren fast durchweg über pari), die auf das starke Anlagebedürfnis unverwendeter Kapitalien zurückzuführen ist, spricht sich darin doch ein weitgehendes Mißtrauen gegen den jungen Staat aus. Das verhehlt man sich auch in tschecho-slovakischen Kreisen nicht. Vor allem die Landwirtschaft hat sich an der letzten Staatsanleihe fast so wenig beteiligt, wie im Krieg an den österreichischen Kriegsanleihen.

Besonders aber rächt sich jetzt das ungeklärte Verhältnis zu den Deutschen des Staates, die auf die tschechischen Staatsanleihen naturgemäß nur, soweit sie dazu gezwungen sind, zeichnen. Deutsch-Böhmen und Sudetenland schweben noch in Sorge um ihren Milliardenbesitz an österreichischer Kriegsanleihe, und man kann es ihnen auch auf tschechischer Seite kaum verdenken, daß sie sich nicht noch weiter in Staatspapieren engagieren, die ihre zweifelhafte Sicherheit so drastisch offenbart haben. Ohne tätige Mitwirkung der Deutschen aber ist der tschechische Staat weder wirtschaftlich noch administrativ aufzubauen. Die Klagen über die Korruption der Verwaltung sind gerade in den tschechischen Blättern am lautesten, und der Bestechungsversuch, den der mit der Kontrolle der Kriegsgewinne betraute Sektionschef im Finanzministerium an dem Minister des Äußern im Interesse der Prager Kreditbank unternommen hat, sticht nur durch die Höhe des Betrages und durch den Rang der beteiligten Personen hervor.

Die Folge dieser Verhältnisse ist, daß die Regierung immer von neuem zur Aufnahme schwebender Schulden bei den Banken gezwungen ist, die alle ihre Mittel dem Staate zur Verfügung stellen müssen, und deshalb immer weniger imstande werden, den wachsenden Kreditansprüchen der Industrie zu genügen. Wie weit trotz der herrschenden Geldfülle die Immobilisierung der Banken vorgeschritten ist, zeigt die Tatsache, daß zu Ende des dritten Quartals die Kassenbestände sämtlicher tschechischer Banken insgesamt 17 Mill. K. betragen haben.

Die Banken suchen sich inzwischen durch fortgesetzte Kapitalserhöhungen zu stärken. Die Zivnestenska Bank führt jetzt ihre Kapitalserhöhung von 160 auf 250 Mill. durch, die böhmische Industrial-Bank von 100 auf 150 Mill., die Prager Kreditbank hat vor kurzem ihr Kapital auf 100 Mill. erhöht. Alle

großen Banken streben dabei die Mitwirkung französischen Kapitals an. Die jungen Aktien der Prager Kreditbank hat die Gruppe der Société Générale übernommen. Über die Plazierung der Zivnestenska-Aktien in Paris verhandelt dort gegenwärtig Generaldirektor Preis. Ebenso soll sich die Industrial-Bank die Unterstützung einer französischen Gruppe gesichert haben. Anlässlich des Jahrestages der Revolution ist berechnet worden, daß die tschechischen Banken innerhalb eines Jahres ihr eigenes Kapital von 494 auf 1049 Mill. erhöht haben, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich seither die tschechische Krone sehr stark dem Stande der Mark angenähert hat.

Die Beschaffung von größeren Valutakrediten bei den Westmächten stößt nach wie vor auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Nach dem bekannten Baumwollkredit von 6 Mill. \$, der vor einigen Monaten durchgesetzt werden konnte und der längst erschöpft ist, hat vor kurzem die Zivnestenska Bank und Böhmisches Eskomptebank (hinter der neben der Zivnonbank die Österreichische Creditbank und die Niederösterreichische Eskomptegesellschaft stehen) bei der Banca Commerciale einen Rohstoffkredit für Einkäufe in Italien von 20 Mill. Lire bekommen, der sich mit Spesen und Provisionen auf 10½ % stellen soll. Daneben laufen freilich zahlreiche kleine Kredite, die sich Privatunternehmungen in den verschiedensten Formen verschaffen. So hat es insbesondere die Textilindustrie, die von früher her über enge Beziehungen zum Ausland verfügt, verstanden, größere Rohstoffmengen einzuführen, die hauptsächlich im Lohn, allerdings mit riesigen Gewinnen, verarbeitet werden. Gegenwärtig dürfte die böhmische Textilindustrie durchschnittlich zu 25 bis 30 % ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt sein. Nach den neuesten Meldungen ist es auch gelungen, den Export der Zuckernernte 1919 zur Beschaffung eines größeren Rohstoffkredites zu verwerten. Nachdem das Finanzierungsprojekt der Prager Kreditbank mit einer holländisch-französischen Gruppe, das 300 Mill. fr hätte erbringen sollen, infolge des bekannten Bestechungsversuches an dem Minister des Äußern endgiltig gescheitert ist, hat Dr. Benesch in Frankreich einen Vorschuß von 100 Mill. fr auf die Zuckerausfuhr durchgesetzt. Doch hat ein solcher Betrag bei dem riesigen Valutabedarf der tschecho-slovakischen Industrie wenig zu bedeuten, zumal auch noch die Regelung der in die Milliarden gehenden Remboursschulden aus der Vorkriegszeit ungeklärt ist.

Über den Außenhandel liegen ausführliche Ausweise bisher noch nicht vor. Nach amtlichen Versicherungen ist die Handelsbilanz der Republik bisher mit rund 500 Mill. aktiv, worin Kohle und Zucker noch nicht berücksichtigt sein wollen. Das ist ohne weiteres glaubhaft. Doch ist der Hauptabnehmer der tschecho-slovakischen Waren nach wie vor Deutsch-Österreich und von da fließen der Tschecho-Slowakei keine Valuten zu. Den Gegenwert der Warenausfuhr bilden vielmehr tschecho-slovakische Effekten (Aktien und Anlagewerte) die zu steigenden Kursen repatriiert werden; der Ausverkauf Deutsch-Österreichs an tschechischen Wertpapieren hat in den letzten Monaten einen riesigen Umfang angenommen. Der größte Teil der sonstigen Industrieausfuhr geht in die übrigen Nationalstaaten, deren Valuta nicht wesentlich besser steht als die deutsch-österreichische, während die Rohstoffzufuhr zumeist in den hochwertigen Valuten der Weststaaten bezahlt werden muß. Die Versuche, die tschecho-slovakische Industrieausfuhr von den bisherigen Märkten der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie zu emanzipieren und sie nach dem Westen einzustellen, sind bisher vollständig gescheitert. Immer deutlicher zeigt sich, daß Jahrhunderte

alte wirtschaftliche Beziehungen sich nicht über Nacht ersetzen lassen, und daß namentlich für die Fertigindustrien Wien als Handelsplatz der Tschecho-Slovakei vorläufig unentbehrlich ist.

Der tschecho-slovakische Handel ist bisher noch zu wenig entwickelt und verfügt nicht über die erforderlichen Beziehungen im Ausland. Die tschechischen Banken sind eifrig bemüht, mit Hilfe ausländischen Kapitals Handelsgesellschaften zu bilden, um dafür Abhilfe zu schaffen. Die größte Gründung dieser Art ist eine in der nächsten Zeit zu konstituierende Ein- und Ausfuhrsgesellschaft unter Beteiligung der Niederländischen Handelsgesellschaft, die mit einem Kapital von 3 Mill. Gulden ausgestattet werden soll. Die Schwerindustrie leidet unter Kohlenmangel und den andauernd unsicheren Arbeiterverhältnissen. Die Kohlenförderung gestaltet sich allerdings immer günstiger — so hat die Kohlengewinnung im Ostrauer Revier im Oktober bereits rund

6 Millionen mt betragen gegen einen Monatsdurchschnitt von 7,6 Mill. im Jahre 1913; die Verfügung über diese Kohlenmengen ist jedoch einerseits durch die internationale Kohlenkommission, andererseits durch den außerordentlich empfindlichen Mangel an Transportmitteln eingeschränkt. Außerdem wird in böhmischen Industriekreisen schwere Klage gegen die bürokratische und unsachgemäße Art der Kohlenverteilung durch die staatlichen Behörden geführt. Im ganzen aber wäre es durchaus verfehlt, die wirtschaftliche Situation des tschecho-slovakischen Staates allzu ungünstig zu beurteilen oder sie gar an dem Stand der Devisenkurse ablesen zu wollen. Die natürlichen Hilfsquellen des jungen Staates sind so enorm groß, daß seine wirtschaftliche Sanierung lediglich ein politisches, aber kein wirtschaftliches Problem bildet.

Dr. G. St.

Französisch-Westafrika

Kolonialbolschewismus — Militarisierung — Eisenbahnpläne — Landesprodukte

Die Entwicklung, die wir im Artikel Kolonialbolschewismus der Nr. 23 v. 6. 6. vorausgesagt haben, hat in den französischen Kolonien Westafrikas begonnen. Die „Dépêche Coloniale“ klagt:

„Als während des Krieges die Notwendigkeiten der nationalen Verteidigung uns veranlaßten, die Aushebung der schwarzen Truppen zu steigern, haben viele Kolonialkenner gewarnt und nicht wenige haben sich mit einiger Unruhe gefragt, welches die politischen und sozialen Folgen für das Heimatland sein könnten. Wenn manche Leute die Meinung der amtlichen Stellen teilten, daß Tropisch-Afrika von den Anschauungen und Gewohnheiten, welche die entlassenen Kämpfer mitbrächten, nur gewinnen könnte, so zeigten sich andere weniger optimistisch. Schon in Frankreich hatten erfahrene Leute mit gesundem Menschenverstand eingesehen, daß die Berührung der Senegalschützen mit den Franzosen nicht immer glückliche Wirkungen hatte. Sie erkannten die Notwendigkeit, die Senegalesen wieder zu „senegalisieren“. Jetzt stellt sich in Tropisch-Afrika das unangenehme Resultat einer zu frühzeitigen „Europäisierung“ heraus, welche in schädlicher Weise wirksam wird. Überall in den bevölkersten Zentren wie in den entlegensten Buschgebieten erheben sich zahlreiche Klagen der Kolonisten und Beamten über die entlassenen Kämpfer und ihren schlechten Geist. Weil sie den Krieg mitgemacht haben, sind sie im Glauben, Frankreich gerettet zu haben und wollen keine Autorität mehr anerkennen, weder die der einheimischen Machthaber, noch die der Beamten. Die Unruhigsten unter ihnen gruppieren angeworbene Anhänger aus der Hefe der Eingeborenen Bevölkerung um sich, bilden eigene Gefolgschaften und beanspruchen besondere Vorrechte, um unabhängig leben zu können und den Gesetzen zu entweichen. Sie wollen nicht arbeiten und von Frankreich unterhalten werden, welches sie, wie sie sagen, vom „Boche“ befreit haben.“ — Kolonialbolschewismus!

Dennoch lernt Frankreich nichts aus dem drohenden Menetekel. Das „Journal Officiel“ vom 5. 8. 19 veröffentlicht eine wichtige Verordnung vom 3. 7. 19 betreffend die schwarze Armee. Danach soll eine stehende Reserve schwarzer Truppen gegründet werden. Das frühere Verfahren der Anwerbung zum Militärdienst, welches den eingeborenen Behörden die Entscheidung überließ und eine gerechte Verteilung der Militärlasten nicht erlaubte, hat man durch das Losungssystem ersetzt; die Auslosung der Tauglichbefundenen findet in allen Bezirken statt, in denen es die durchgeführte Volkszählung gestattet. Die Voraus-

setzungen der Befreiung vom Militärdienst sind absichtlich eingeschränkt worden. Andererseits ist den Interessen der Eingeborenen, welche sich unter der Fahne befinden, Rechnung getragen, indem sie zu zivilisierten Menschen erzogen werden und indem sie die französische Sprache verstehen lernen. Die Dauer der Militärdienstpflicht ist von vier auf drei Jahre herabgesetzt worden. Die Einberufenen erhalten eine Prämie von 100 Franken.

Die Schamlosigkeit, mit der Frankreich die Militarisierung seiner Kolonien durch Erziehung zur Kultur bemäntelt, ist nicht zu überbieten. Denn etwas anderes als eine Einführung der allgemeinen Wehrpflicht stellt der Eiertanz des wiedergegebenen Erlasses nicht dar. Welches Geschrei würde die „moralische Hälfte der Welt“, die Entente, erheben haben, wenn die „Boches“ die allgemeine Wehrpflicht in ihren Kolonien eingeführt hätten mit der Begründung, die Gegengabe sei die Teilnahme an der Kultur und der Unterricht im Deutschen! Wilson aber sagt in seinem Völkerbundsvertrag, den Frankreich als ersten Teil des Friedensvertrages angenommen hat: „Der beste Weg, die heilige Aufgabe der Zivilisation, die in dem Wohlergehen und der Entwicklung der niederen Rassen besteht, zu erfüllen, ist die Übertragung der Vormundschaft an die fortgeschrittenen Nationen (wie Frankreich! H. Z.) Dabei ist die militärische Ausbildung der Eingeborenen, soweit sie nicht für die Polizei oder für die Verteidigung des Gebietes erforderlich ist, verboten.“ Der Völkerbund der Entente entwickelt sich immer mehr zu einem Zweckverband zur Blamierung seines Schöpfers.

In Verbindung mit der beabsichtigten Militarisierung stehen die großen Eisenbahnbaupläne. Wenn sie auch mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten begründet werden, so liegt doch auf der Hand, daß das Bestreben, den Sudan mit dem Mittelmeer in Verbindung zu bringen, auf dem Wunsche beruht, den Aufmarsch der schwarzen Armee auch für den Fall zu ermöglichen, daß eine feindliche Macht (England?) den atlantischen Ozean beherrscht. Ein Militäroberst Tilho — hat kürzlich bei der Akademie der Wissenschaften eine Denkschrift betreffend Gründung eines Eisenbahnnetzes in „Tropisch-Afrika“ eingebracht. In der Begründung sagt er:

Die in Betracht kommenden Regionen zwischen dem Äquator und der Sahara gehören zu mehr als 9/10 Frankreich und

England, sie produzieren eine beträchtliche Menge Rohstoffe, welche aber infolge der schwierigen Verbindungen sehr wenig verwendet werden. Unter den Produkten, welche man fördern und nach dem Mutterlande senden könnte, befinden sich Holz, Kautschuk, Faserstoffe, Lebensmittel, Vieh, Erze. Um diese auszunutzen, ist es notwendig, Arbeitskräfte und Transportmittel zu schaffen. Die Eingeborenen-Arbeiter müssen hauptsächlich aus dem Sudan rekrutiert werden. Die Bevölkerung dieser Gebiete kann auf 15 Mill. Menschen geschätzt werden, die auf ca. 6000 km von Ost nach West und auf ca. 400 km von Nord nach Süd verteilt sind. (Es ist köstlich, wie hier mit „Arbeitern“ statt „Soldaten“ operiert wird! H. Z.). Der Europäer, der sich in diesen Regionen betätigen will, wird gezwungen sein, weit entfernt vom Verwendungsort sich Arbeitskräfte zu suchen, weshalb die Ausnutzung der enormen Reichtümer nur vermittels eines Systems von Schienensträngen erfolgen kann. — Zunächst handelt es sich um den Bau einer großen Eisenbahn, die den afrikanischen Kontinent von Ost nach West durchkreuzt; der „Trans-Soudanais“ würde ungefähr längs des 13. Breitengrades laufen und würde als Ausgangspunkt Dakar und Konakry am Atlantischen Ozean haben; über Sokoto, Kano, Port Lamy und Khartoum laufen und bei Port Soudan und Djibouti am Roten Meer endigen. Diese große Ader müßte durch Zugangseisenbahnstränge zu den verschiedenen Ausbeutungsgebieten vervollständigt sein. — Im Falle der Verwirklichung des Trans-Soudanais würde es notwendig sein, ihn mit dem französischen Mutterlande und der schon lange geplanten Trans-Sahara-Bahn zu verbinden, so daß man schnell von den Küstenplätzen Nordafrikas nach dem Sudan gelangen könnte. (Das ist des Pudels Kern! H. Z.).

Sollen die überreichen Landstriche von Tropisch-Afrika verwertet werden, so ist es notwendig, daß der angekündigte Plan von Oberst Tilho verwirklicht wird, sagt dazu die „Dépêche Coloniale“ vom 2. 10. 19: „Teilt man die betreffenden Kolonien in drei hauptsächlichste Zonen ein, nämlich: L'Afrique forestière ou tropicale, l'Afrique agricole ou Soudanaise und l'Afrique désertique ou Sahara, so ist die „Zone Soudanaise“ die wichtigste und vielseitigste. Deshalb ist gerade dort die geplante Eisenbahn sehr wichtig, um die Produkte dieser Gegend nach dem Meere und durch Trans-Sahara nach Nord-Afrika zu bringen. Die Verwirklichung eines solchen Unternehmens, woran Frankreich und Großbritannien gleichermaßen interessiert sind, kann nur das Werk eines französisch-englischen Konsortiums sein.“

Tatsächlich an Bahnen vorhanden sind in dem ganzen großen Gebiete:

Dakar—St. Louis	264 km
Thies—Kayes (von Kotiari—Amidedi noch nicht beendet)	
Sackbahn Süd: Thies—Kotiari	422 „
„ Nord: Kayes—Amidedi	44 „
Zweigbahn von N'guigineo nach Kaolok am Salum	22 „
von Kayes am Niger—Kulikoro	752 „
Konakry—Kankan	662 „
Elfenbeinküste von Abidjean—Buaké	312 „
Kotuno—Savé	294 „
Porto—Novo—Sakete	75 „
	2650 km

Dazu kommen an Automobilstraßen

im Senegal	ca. 500 km
in Ober-Senegal—Niger und Ober-Volta	2000 „
in Guinea	700 „
Elfenbeinküste	1200 „
in Dahomey	1200 „

Automobildienst besteht auf drei Linien:

- zwischen Kotiari und Kayes,
- „ Savé und dem Niger nach Djougou,
- „ Kano (Nigeria) und Zindar.

Von den Schätzen, die Oberst Tilho erschließen will, wird vorläufig nur ein kleiner Teil gehoben.

Die Gesamtproduktion getrockneter Schinüsse schätzt man auf 200 bis 300 000 t pro Jahr. Die in Betracht kommenden Länder sind: Ober-Senegal und Niger (Ober-Volta eingeschlossen), oberes Dahomey. An Erdnüssen brachte im Jahre 1913 zur Ausfuhr: Senegal 166 000 t, Ober-Senegal und Niger 8600 t, Guinea 3400 t. An Palmkernen lieferten die französischen Kolonien im Jahre 1913 ca. 45 000 t, an Palmöl 20 000 t.

Welche Stellung die ölhaltigen Landesprodukte in der Gesamtausfuhr Französisch-Westafrikas einnehmen, veranschaulicht folgende Tabelle (Wert in Mill. fr.):

	Gesamtausfuhr	Gesamteinfuhr	Ausfuhr der ölhaltigen Produkte
1893	32	30,2	20,5
1903	65	81	49,8
1913	126	151,5	83
1916	131	172,1	56
1917	180	204,4	83

Die Baumwollausfuhr hat sich seit 1906 von 220 Ballen (zu je 250 kg) auf 1058 Ballen in 1914 gesteigert. Zuerst kam alles aus Dahomey, später auch einiges aus dem Sudan und von der Elfenbeinküste.

Sisal-Hanf scheint nur im Sudan gute Erfolge zu haben. Sonst ist der Anbau ganz unbedeutend.

Die KAPOK-Ausfuhr ist zwar nur gering (1917 ca. 150 t), aber in stetem Steigen begriffen; sie erfolgt hauptsächlich aus dem oberen Senegal-Niger, der Elfenbeinküste und Dahomey.

An Kautschuk wurden 1894 1400 t, 1906 4230, 1915 3080 t exportiert.

Jahr für Jahr bestellte Frankreich vor dem Kriege in Europa und Amerika 3 Mill. cbm Nutzholz, während die französischen Kolonien nur 200 000 cbm ausführten. Während der vier Kriegsjahre haben die französischen Wälder bekanntlich sehr gelitten, teils durch Kriegsverwüstungen, teils durch Raubbau. So ging die Holzproduktion zurück, während für den Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Gegenden der Bedarf erschreckend zugenommen hat. Künftighin wird Frankreich 8 Mill. cbm Holz einführen müssen, dem Werte nach zu schätzen auf etwa eine Milliarde Franken in Gold. Unter diesen Umständen setzen die Franzosen natürlich ihre Hoffnung auf ihre kolonialen Wälder, deren Bestand weitaus genügt, um den gesamten Bedarf Frankreichs an Holz zu decken. Die ertragreichste Kolonie für Holz ist die Elfenbeinküste, wo der Wald ca. zwei Drittel der Gesamtfläche einnimmt bei einer Breite von mindestens 200 km und einer Länge von 600 km.

Der französische Zoll gewährt auf Kakao aus Dahomey und von der Elfenbeinküste eine Ermäßigung um die Hälfte, d. h. für 100 kg 52 fr statt 104 fr. Die Verwaltung der Kolonie hat jedoch nicht die Absicht, die Kakaopflanzen ins Unbegrenzte anwachsen zu lassen. Statt dessen hat man eine intensivere Bewirtschaftung der vorhandenen Kakaopflanzen ins Auge gefaßt. Die Kakaoausfuhr von der Elfenbeinküste und Dahomey nahm von Jahr zu Jahr zu, wie folgt: 1900 55 kg, 1910 7,5 t, 1913 47 t, 1916 186 t, 1918 320 t, 1919 1000 t (voraussichtlich). In Dahomey zählt man nur wenige Kakaopflanzen mit höchstens 200 000 Bäumen (Ausfuhr 20 t.) Vor dem Kriege hat Frankreich einen Kakaoverbrauch, welcher zwischen 26 und 28 000 t schwankte, gehabt. Die Gesamtproduktion der französischen Kolonien hat noch niemals 2000 t erreicht. Daraus folgt, daß Frankreich für ca. 70 Mill. Franken (Friedenspreis) Kakao von außerhalb bezieht, die es bequem aus seinen Kolonien Guadeloupe, Martinique, Gabun und Elfenbeinküste beschaffen könnte.

Das tropische Französisch-Afrika beginnt damit, Kola auf dem Seewege auszuführen, und zwar waren es durchschnittlich 115 t während der Jahre 1910 bis 1918. Der Preis in Marseille schwankte zwischen 4 und 4,50 fr pro kg.

Von wildwachsenden Pflanzenprodukten kommen Gummi arabicum und Kopal in Betracht. Der Senegal- und Sudangummi wird zum größten Teile von der Acacia verekehrt gewonnen, die in den sandigen Gegenden der Wüstenzone wächst; in Mauretanien, Senegal, oberer Senegal-Niger und im Militärbezirk des Niger. Der Handel mit Gummi arabicum ist beinahe stehen geblieben, jedoch wird das Produkt immer verlangt. Die Produktion belief sich 1889 auf 2758 t, 1900 2538 t, 1916 300 t, 1918 auf 3000 t.

Von Kopal hat Französisch-Guinea 1913 109 t, 1914 119, 1915 170 und 1916 103 t exportiert. Der Preis in Marseille schwankt zwischen 375 und 400 fr pro 100 kg.

Die Viehzucht ist eine der sichersten und reichsten Hilfsquellen von Französisch-Westafrika. Man zählt jetzt ca. 116 000 Pferde und 4 500 000 Rinder (vor der Rinderpest waren es 7 800 000 Haupt, wovon 1 Mill. im Senegal, 3 Mill. in Ober-Senegal, 800 000 in Guinea, 200 000 in den übrigen Kolonien), 5 500 000 Ziegen und 4 500 000 Schafe, davon 2 500 000 in Ober-Niger-Senegal. An Leder wurden 1911 875 t, 1913 2000 t, 1916 3978 t, 1917 2500 t ausgeführt, außerdem 1917 71 000 Ziegen- und Schaffelle.

H. Z

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Die Kurse der Mark, des Pfund Sterling, des Dollars und zum Teil auch des Franken zeigten am Ende der Berichtswoche eine zum Teil erhebliche Besserung, während der Kurs der deutsch-österreichischen Krone weiter sank.

Kurs der Reichsmark

	8. 12.	9. 12.	10. 12.	11. 12.	12. 12.	13. 12.	gegen Münz- pari am 13. 12. bzw. 12. 12.
Zürich	10,50	9,50	10,50	10,30	10,30	10,75	— 91,29
Amsterdam ..	5,07½	5,05	5,35	5,35	5,30	5,35	— 90,97
Paris	—	—	—	22,75	23,—	—	— 81,30
New York ..	2,06	2,25	1,1½	2,06	2,06	2,06	— —
Stockholm ..	10,—	—	9,50	10,—	10,—	—	— 88,75
Kopenhagen ..	11,—	11,—	11,50	11,35	12,—	11,60	— 86,95
Wien	352,—	352,—	352,—	353,—	351,—	—	+ 200,—

Kurs der deutsch-österreich. Krone

	8. 12.	9. 12.	10. 12.	11. 12.	12. 12.	13. 12.	gegen Münz- pari am 13. 12. bzw. 12. 12.
Zürich	3,30	2,75	3,—	2,75	3,10	3,—	— 97,16
Amsterdam ..	1,60	1,45	1,50	1,52	1,55	1,55	— 96,92

Kurs des französischen Franken

	8. 12.	9. 12.	10. 12.	11. 12.	12. 12.	13. 12.	gegen Münz- pari am 13. 12. bzw. 12. 12.
Zürich	47,—	43,—	44,50	45,50	49,—	48,25	— 51,75
Amsterdam ..	23,80	22,50	22,80	23,10	24,25	23,75	— 50,52
Stockholm ..	43,50	43,50	43,—	42,50	42,50	42,30	— 42,09
Kopenhagen ..	50,50	—	48,—	50,—	49,75	51,25	— 28,32

Kurs des Pfund Sterling

	8. 12.	9. 12.	10. 12.	11. 12.	12. 12.	13. 12.	gegen Münz- pari am 13. 12. bzw. 12. 12.
Zürich	19,90	19,15	19,20	19,60	20,25	20,10	— 24,27
Amsterdam ..	10,07½	9,98	10,02	10,05	9,97	9,88	— 18,41
Paris	—	45,15	45,15	44,49	43,35	42,10	+ 71,88
Stockholm ..	17,85	—	18,10	18,75	18,—	17,90	— 14,32
Kopenhagen ..	20,76	20,90	21,32	21,35	21,12	20,95	+ 15,36

Kurs des Dollar

	8. 12.	9. 12.	10. 12.	11. 12.	12. 12.	13. 12.	gegen Münz- pari am 13. 12. bzw. 12. 12.
Zürich	515,—	500,—	510,—	515,—	545,—	540,—	+ 4,23
Amsterdam ..	260,75	250,50	260,75	263,25	267,75	—	+ 7,62
Paris	—	1188,5	1183,5	1082,5	1159,5	1135,0	+ 51,07
Stockholm ..	460,—	—	475,—	478,—	495,—	485,—	+ 29,98
Kopenhagen ..	536,50	541,—	500,—	560,—	565,—	567,—	+ 52,01

Die Notenbanken im November

Deutsche Reichsbank

(in 1000 M.)

	Metallbestand	davon Gold	Reichs- u. Darlehens- Kassenscheine	Noten anderer Banken	Wechsel u. Schatz- anweisungen
7. 11. 19	1 113 091	1 092 835	9 458 627	3045	32 264 906
15. 11. 19	1 112 271	1 091 732	9 468 528	4284	34 068 476
22. 11. 19	1 111 596	1 090 763	9 526 765	4616	32 120 097
29. 11. 19	1 111 848	1 090 519	9 741 397	3259	34 266 286

Lombard-Darlehen Effekten-Bestand Sonstige Aktiva

	7. 11. 19	15. 11. 19	22. 11. 19	29. 11. 19
Lombard-Darlehen	7 564	8 590	7 189	11 501
Effekten-Bestand	133 360	131 879	135 083	151 291
Sonstige Aktiva	1 967 496	1 956 833	1 832 915	1 953 157

	7. 11. 19	15. 11. 19	22. 11. 19	29. 11. 19
Noten- umlauf	31 075 284	31 123 484	31 319 050	31 905 815
Giro- Verbindlich- keiten	9 707 802	11 655 316	9 279 504	11 137 577
Sonstige Passiva	3 885 507	3 692 565	3 860 211	3 915 851
Umlauf der Darlehens- Kassenscheine	11 841,0 Mill.	11 760,9 "	11 951,6 "	12 814,8 "

Bank von England

(in 1000 £)

	5. 11. 19	12. 11. 19	19. 11. 19	26. 11. 19
Barvorrat	88 030	87 936	87 965	87 902
Portfeuille	80 498	79 617	80 816	80 080
Regierungs- Sicherheiten	46 226	42 515	34 789	38 335
Notenumlauf	86 030	85 903	85 676	86 694
Guthaben d. Privaten	109 863	102 760	95 324	100 989

	5. 11. 19	12. 11. 19	19. 11. 19	26. 11. 19
Guthaben des Staatschatzes	19 831	22 161	23 268	19 307
Notenreserve	18 717	18 820	19 081	18 070
Totalreserve an Gold und Noten	20 450	20 534	20 738	19 658
Verhältnis der Reserve zu den Verbindlichk.	15,80	16,43	17,49	16,33

Currency Notes

	Umlauf	Golddeckung	Regierungs- Sicherheiten
5. 11. 19	339 750	28 500	321 333
12. 11. 19	339 698	28 500	321 215
19. 11. 19	338 835	28 500	320 639
26. 11. 19	338 347	28 500	320 077

Bank von Frankreich

(in Mill. fr.)

	Gold in der Kasse	Gold im Auslande	Silber	Guthaben beim amer. Staatsschatz	Auslands- Guthaben
6. 11. 19	3598	1978	286	622	848
13. 11. 19	3598	1978	286	622	812
20. 11. 19	3598	1978	285	570	839
27. 11. 19	3599	1978	284	570	827

	Wechsel vom Moratorium nicht betr.	gestundete Wechsel	Vorschüsse auf Wert- papiere	Vorschüsse an den Staat	Vorschüsse an Private
6. 11. 19	1395	660	1302	25 650	—
13. 11. 19	1202	656	1330	25 650	—
20. 11. 19	1158	650	1331	25 800	—
27. 11. 19	1153	645	1316	25 850	—

	an die Verbündeten	Noten- umlauf	Staats- guthaben	Privat- guthaben
6. 11. 19	3720	37 419	92	3057
13. 11. 19	3730	37 395	45	3046
20. 11. 19	3730	37 427	79	3028
27. 11. 19	3735	37 424	52	3089

Jahresergebnisse deutscher Aktiengesellschaften 1918 bzw. 1918/1919

Namen Ort	Rechnungs- jahr endend	Aktien- Kapital					Abschreibungen		Reingewinn (nach Abschreibungen) in 1000 M.	Rentabilität: (7+8) in % v. Spalte 3-6	Dividenden				
		Vorrechts- Anleihen Hypotheken	Gesetzliche u. Spezial- Reserve	Sonstige Rücklagen u. Vorrat	Summe in 1000 M.	in % vom Wert	18/19	17/18			16/17	15/16	14/15		
														in 1000 M.	in 1000 M.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Ilse Bergbau A.-G., Grube Ilse	31. 12.	22500	6468	14987	2865	4468	7,46	7371	11,03	Vorz. 6 St. 22	6 26	6 26	6 26	6 26	
Bergwerksgesellsch. Hibernia, Herne	31. 12.	70000	10766	18344	3197	10051	10,62	5860	15,55	Vorz. 3 1/2 St. 7 1/2	6 11	6 11	6 11	6 8	
Kattowitzer A.-G. für Bergbau u. Eisen- hüttenbetrieb	31. 3.	52000	5569	24424	3140	2500	3,43	Verlust 941,91	—	—	12	12	12	8	
A. Riebeck'sche Montanwerke, Halle	31. 3.	38500	13239	8736	812	3501	6,58	9638	21,44	Vorz. 5 St. 9	3 15	—	—	—	
Deutsche Gold- u. Silber-Scheideanstalt, Frankfurt	31. 3.	20000	—	12300	6024	1118	12,44	4559	11,88	—	20	25	27	25	
Harpener Bergbau A.-G., Dortmund	30. 6.	85000	28939	31916	26743	9775	4,57	Verlust 7,804	—	—	5	12	12	6	
Hochofenwerk Lübeck, A.-G.	30. 6.	85000	2998	1850	806	1481	13,87	1679	12,21	10	12	10	10	5	
Charlottenhütte, Niederschelden	30. 6.	12500	2656	2617	6302	2500	30,80	840	13,87	11 1/2 11 1/2	24	20	16	8	
Schles. A.-G. f. Bergbau und Zinkhütten- betrieb Lipine	31. 12.	27279	—	11048	330	1300	25,—	1850	17,2	6	20	18	15	10	
Anglo-Continentale Guanowerke, Hambg.	31. 12.	16000	—	1600	1501	14	24,72	1393	7,13	8	10	12	10	6	
Dynamit A.-G. vorm. Nobel & Co., Hambg.	31. 12.	36000	5902	17207	1379	200	4,24	5970	10,20	15	20	20	20	24	
Kaliwerke Aschersleben	31. 12.	22500	740	3738	851	1134	8,38	2313	12,39	7	7	5	5	4	
Wasserwerk für d. nördl.-westfäl. Kohlen- revier, Gelsenkirchen	31. 12.	28000	213	6315	235	2500	8,82	5082	14,62	8 1/2	8 1/2	10	9	9	
Rütgerswerke A.-G., Berlin	31. 12.	30300	6085	10900	3692	4091	13,59	3974	15,72	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12	
Orenstein & Koppel A.-G., Berlin	31. 12.	45000	2838	15301	933	1389	10,90	9885	11,72	14	14	14	12	9	
Accumulatoren Fabrik A.-G., Berlin	31. 12.	12000	439	2003	637	411	5,19	2968	22,41	20	25	25	20	18	
Rhein. Metallwaren- u. Maschinenfabrik, Düsseldorf	30. 9.	12300	23229	1230	31777	—	—	1482	2,16	0	Vorz. 0 St. 18	50 18	13 17	19 0	
Ludw. Loewe & Co., Berlin	31. 12.	10000	9585	7504	475	1770	16,82	2291	14,74	20	32	32	35	30	
Berl.-Anhaltische Maschinenb. A.-G., Berlin	31. 12.	12000	342	3700	5282	684	10,44	2245	20,67	12	12	10	8	4	
Deutsch-Continentale Gas Ges., Dessau	31. 12.	39000	20864	15859	29429	3012	4,58	5135	7,75	10	11	10	9	8	
Gesellschaft für elektr. Unternehmungen zu Berlin	31. 12.	60000	38198	10018	1137	—	—	3927	3,60	6	5	5	6	6	
Elektrizitätswerk Südwest A.-G., Berlin	31. 12.	15500	10785	778	8602	752	2,40	859	2,41	5	0	6	7	7 1/2	
Elektrizitäts A.-G. vorm. Lahmeyer & Co., Frankfurt	31. 3.	40000	27974	4000	109	125	10,40	2695	3,74	8	8	7	7	7	
Hamburgische Elektrizitätswerke	30. 6.	30800	4604	4400	8477	2225	4,91	3509	11,83	Vorz. 5 St. 4	4 5	3 5	6 5	11 3/4	
Sächs. Elektrizität-Lieferungs-Gesellsch., Oberlungwitz	31. 12.	6500	5891	1275	4010	259	1,40	975	16,05	10	10	10	10	10	
Chemische Werke vorm. H. & E. Albert, Amöneberg	31. 12.	10000	—	4750	3989	378	30,—	1318	9,13	20	30	30	28	15	
Gerb- u. Farbstoffw. Renner & Co., Hambg.	31. 12.	7500	433	4000	1111	—	—	1499	11,49	18	16	20	29	10	
Ver. chemische Fabriken zu Leopoldshall	30. 6.	11300	—	1639	1279	200	8,02	585	5,52	6	St. Fr. 6 St. Fr. 6	4 5	2 6	2 5	
Bad. Anilin- u. Sodafabr., Ludwigshafen	31. 12.	96000	17844	43090	2444	40605	9,54	10849	33,48	12	20	20	20	19	
Farbenfabriken vorm. Fr. Bayer & Co., Leverkusen	31. 12.	90000	24150	38728	1856	7228	30,12	10863	11,70	12	20	20	20	19	
Deutsche Vacuum Oel-A.-G., Hamburg	31. 12.	5000	2500	3100	1462	360	5,24	2445	23,16	10	26	26	20	12	
Nordd. Wollkäm. u. Kammgarmsp., Bremen	31. 12.	22500	4942	9000	274	1595	9,55	2607	12,36	10	12	10	10	10	
Deutsche Palästina-Bank, Berlin	31. 12.	20000	—	3500	200	1077	?	1077	4,55	0	—	—	—	—	
Landbank in Berlin	31. 12.	20000	21130	—	—	1111	?	Verlust 5 Million	—	—	—	—	—	—	
Metallbank u. Metallurgische Ges., A.-G., Frankfurt	31. 3.	50000	750	8000	4347	—	—	4329	6,88	7	7 1/2	7 1/2	7 1/2	6	
Ostbank für Handel und Gewerbe, Posen	31. 12.	35000	—	5113	373	2427	?	2871	13,10	7	7	7	6 1/2	5	
D. utsche überseeische Bank, Berlin	31. 12.	30000	—	10067	8229	—	—	2711	5,62	7	6	6	6	6	
Sächsische Bank, Dresden 1)	31. 12.	30000	—	8500	913	—	—	2406	6,10	6 1/2	7	8	8	7	
Anhalt-Dessauische Landesbank, Dessau	31. 12.	12000	—	2500	227	25	3,—	1215	8,38	7	7	7	6	5 1/2	
Nord-Deutsche Versich.-Ges., Hamburg	31. 12.	20000	—	6237	810	25	0,94	1223	4,77	16	16	14	8	8	
Nord-West-Deutsche Vers.-Ges., Hambg.	31. 12.	12000	—	2832	178	—	—	516	4,09	14	14	12	8	6	
Hanseatische Vers.-A.-G. v. 1877, Hamburg	31. 12.	8000	—	238	238	—	—	444	7,77	12	12	10	8	6 3/4	
„Janus“, Hamburg. Vers.-A.-G., Hamburg	31. 12.	3000	—	325	6680	3	2,43	1745	1,67	—	—	—	—	—	
Süddeutsche Eisenbahn-Ges., Darmstadt	31. 3.	26000	20503	152	17433	2293	4,77	1475	5,60	5 1/2	6 1/2	6 1/2	5 1/2	5 1/2	
Oberrheinische Eisenb. Ges., Mannheim	31. 3.	10000	16103	29	3892	512	2,17	93	2,—	0	—	—	—	—	
Hamburger Hochbahn A.-G.	31. 12.	63630	642	313	5146	740	10,46	2278	4,33	Lit. A 6 Lit. B 5	5 1/2	4	0	4	
Große Leipziger Straßenbahn	31. 12.	19400	15974	3785	19678	3706	7,06	4706	13,16	6	5	7 1/2	6 1/2	6 1/2	
Ges. f. elektr. Hoch- u. Untergrundb., Berlin	31. 12.	80000	87143	3047	17079	2356	1,04	3727	4,22	Vorz. 5 St. 5 1/2	5 3 1/2	5 3	5 4	5 4 1/2	
Carl Bödiker & Co., Hamburg	1. 6.	5000	—	681	765	—	—	9	1,39	0	6	10	15	15	

1) Banknoten-Emissions-Konto 147 Mill. M.

F. L.

Schifffahrt und Schiffbau

Die Seeversicherung in und nach dem Kriege

Die Entwicklung nahezu aller Seeversicherungsgesellschaften während des Krieges ist vorteilhaft gewesen, überall hat sich das Geschäft ausgedehnt, sind neue Gesellschaften entstanden und große Umsätze und Gewinne erzielt worden.

Wie stets bisher sind gute geschäftliche Perioden für die Reeder auch solche für die Assekuradeure gewesen (vgl. die Jahre 1895/6, 1898, 1905/8, wo die Schifffahrt stark darniederlag). Seit Beendigung des Krieges macht sich aber schon ein Rückgang bemerkbar und die Aussichten für die nächste Zukunft sind keine allzu glänzenden, wenn auch

nicht so trübe, wie speziell in Deutschland, wo das Kaskogeschäft wohl bald fast ganz aufhören wird. Die Gründe für den Rückgang sind fast überall dieselben, die Versicherung gegen Kriegsgefahr verlief zumeist durchaus günstig für die Versicherer, die Versicherung gegen Minengefahr läßt sich wesentlich schlechter an, die Konkurrenz und damit das Unterbieten nehmen zu, die Unkosten steigen. Die bisher unterbliebene Regulierung alter Kaskoschäden muß jetzt vorgenommen werden bei (in England z. B. bis zu 200 %) gestiegenen Kosten. Besonders für die vielen neugegründeten Gesellschaften wird es schwere Zeiten geben.

In Großbritannien gingen die Prämieinnahmen der zehn größten Gesellschaften im Jahre 1918 auf 10 132 115 £ gegen 13 765 057 £ im Jahre 1917, d. h. um rund ein Viertel zurück, sie sind allerdings noch immer gut dreimal so hoch wie im letzten Friedensjahr. Dagegen stiegen die Unkosten von 2,57 % der Prämieinnahme im Jahre 1917 auf 4,02 % in 1918 (3,45 % 1916). Die Durchschnittsdividende der zehn Gesellschaften fiel von 24,32 % im Jahre 1917 auf 21,32 % in 1918. Im ganzen erzielten diese Gesellschaften in den letzten zwölf Jahren bis 1917, welches Jahr jetzt abgerechnet ist, 5 561 856 £ Einnahmen, davon 4 518 166 £ in den vier Kriegsjahren, also $\frac{1}{3}$ der Gesamtsumme in $\frac{1}{3}$ der Zeit. Verluste und Schäden stiegen, da die Dampfer für die Fahrten, in die sie eingestellt wurden, nicht geeignet waren, das Verpacken und Stauen der Waren zu wünschen übrig ließ, Lösch- und Laden verzögert wurde und die Diebstähle zunahmen. Auch vergrößerte sich das Risiko der Versicherer auf das einzelne Objekt infolge Verringerung der Schiffszahl. Manche gut fundierte Gesellschaften haben viele schlechte Risiken gezeichnet, wozu nicht nur die alten Segelschiffe, sondern vor allem auch die neuen amerikanischen Hilfsmotorschiffe und Holzdamper gehören, vermutlich um die Konkurrenz der neuen Gründungen, denen die Reserven fehlen, bald zu unterdrücken. Besonders bei Lloyds macht sich die Konkurrenz fühlbar.

In Norwegen gab es vor dem Kriege nur zehn Seeversicherungsgesellschaften, wovon eine mit Auslandsgeschäft, heute gibt es zehn große Gesellschaften, mit je einem Kapital von über 2 Mill. Kr., außer unzählig vielen kleinen Gesellschaften, die sich besonders auf Kosten des deutschen Geschäftes ausdehnten. Auch hier versuchen die kleinen Neugründungen, das Geschäft durch Unterbieten an sich zu reißen, doch haben die großen Gesellschaften bisher an den Sätzen des allerdings im April ds. Js. gekündigten Tarifs festgehalten und dadurch sich vor größeren Verlusten bewahrt. Die englischen Versicherer scheinen trotz der Aufforderung des Direktors der Norwegian Reinsurance Co., Odegaard, dem norwegischen Geschäft noch kein großes Entgegenkommen zu zeigen.

Die Zahl der japanischen Seeversicherungsgesellschaften ist während des Krieges von 5 auf 28 gestiegen (3 in 1917, 5 in 1918, 15 in 1919), hat sich also mehr als vervielfacht. Die Gewinne haben sich im Durchschnitt um das Sechsfache vergrößert, das investierte Kapital stieg von 41 Mill. Yen in 1914 auf 104 Mill. Yen in 1919. Besonders sind es die Schifffahrtskreise, die sich auf das Seeversicherungswesen geworfen haben. Trotzdem sind die Aussichten für die Zukunft nicht günstig, da mit dem Fortfall der Kriegsversicherung sich das Geschäft erheblich verkleinert, die Japaner sich ungern an Tarife halten und vor allem auch das Personal mit den schwierigen Fragen der Seeversicherung zu wenig vertraut ist. Der Rückgang des Geschäftes bringt es mit sich, daß das rein japanische Geschäft ganz in den Händen der japanischen Assekuradeure bleibt, das Kaskogeschäft umso mehr, als die japanischen Reeder selbst an der Versicherung beteiligt sind. Nur an der überseeischen Ein- und Ausfuhr können ausländische Gesellschaften einen Anteil haben, ohne jedoch viel Gewinn daraus zu ziehen. Die Hauptgründe für die vielen Verluste und Schäden sind die ungünstigen Lösch- und Ladeverhältnisse, die schlechte Beschaffenheit der Leichter und die Fahrlässigkeit der japanischen Arbeiter in den Häfen und auf Landtransporten.

In den Vereinigten Staaten hat sich das Seeversicherungswesen sehr langsam entwickelt infolge der staatlichen Beschränkung, nach der eine Seeversicherungsgesellschaft kein Feuerversicherungsgeschäft und umgekehrt machen konnte. Nach Aufhebung dieser Beschränkung traten zu den vorher bestehenden 15 Gesellschaften im Jahre 1910 etwa 13 neue, so daß vor dem Kriege wenig mehr als 30 Gesellschaften bestanden. Jetzt beträgt ihre Zahl infolge der Ausdehnung während des Krieges etwa 160. Die Schwierigkeiten für die neuen Gesellschaften liegen, ähnlich wie in Japan, in der Personalfrage, da das neue Personal von den Fragen der Seeversicherung wenig versteht. Außerdem liegt die Leitung der Geschäfte vieler Gesellschaften in den Händen von Agenten, denen es in der Hauptsache auf einen großen Umsatz ankam, so daß das Unterbieten stark um sich greift. Die Risiken sind zum großen Teil sehr schlecht, da die amerikanischen Versicherungsgesellschaften eine moralische Verpflichtung fühlen, die Besitzer der amerikanischen Holzschiffe usw. zu unterstützen. Die Steuern für die Versicherungsgesellschaften sind in Amerika außerordentlich hoch, sie erstrecken sich auf die Prämie, das Einkommen und auf die Gewinne, während in England nur eine Steuer auf die Gewinne gelegt ist. Schließlich droht in Amerika den Versicherern mehr als in irgend einem anderen Lande die Gefahr der Verstaatlichung, wie Mc. Gee im Marine Insurance Club in London hervorhob, falls ein Kampf zwischen den Versicherungsgesellschaften entsteht und diese alsdann ihre Aufgabe nicht zur Zufriedenheit der Regierung ausführen können.

Auch in den südamerikanischen Staaten haben sich während des Krieges Versicherungsgesellschaften gebildet, die aber nach Wiederaufleben der internationalen Beziehungen, da die Ein- und Ausfuhr zumeist von Ausländern kontrolliert wird, keine allzu große Zukunft haben werden. P. W.

Rohstoffe und Warenmärkte

Baumwolle

Hamburg. Von einer hiesigen Maklerfirma erhielten wir folgenden Marktbericht: „Die erste Hälfte des Dezember hat für den Baumwollhandel die erfreuliche Tatsache gezeitigt, daß die Ernte anscheinend quantitativ unterschätzt worden ist. Die revidierte Ernteschätzung der „National Ginners Association“ vom 1. 10. 19 trug zur günstigeren Beurteilung der Lage bei. Gleichzeitig einsetzendes wärmeres Wetter in den Baumwollstaaten wirkte fördernd auf die Pflücke und damit setzte auch in der letzten Woche des November ein starkes Ansammeln von Baumwolle in den Häfen ein.“

Die Schlußschätzung des Landwirtschafts-Departements für den 11. 12. wurde deshalb mit großer Spannung erwartet und machte mit etwas über 11 Mill. Ballen einen entschieden beruhigenden Eindruck. Januar am 10. 12. mit 37,03 schließend, fiel daraufhin etwa 200 Punkte und schloß mit 35,30 und die Schlußnotierung desselben Monats vom 13. 12. lautete 34,76.

Diese deutliche Erleichterung bringt aber keine Entschädigung bezüglich der Qualitätslage. Mit dem zurückweichenden Terminniveau steigt die Basis für Stapel und Klasse, wozu die erwähnte englische Spinnerei, die gegenwärtig eine nie dagewesene Hochkonjunktur durchmacht, wesentlich beiträgt. Wie wir hören, bezahlt der englische Händler für gute Klassen jeden Preis, nachdem Manchester infolge der hohen Spinn-

margen sehr großzügig geworden ist. Die deutsche Spinnerei könnte sich trotz der fortwährenden Valutasorgen auf den gleichen Standpunkt stellen, wenn sie mit einer einigermaßen genügenden Kohlenzufuhr rechnen könnte. So aber ist sie zu einem unrationellen Betrieb verurteilt, ohne hoffen zu können, daß dieser Zustand in absehbarer Zeit ein Ende findet.

Die Nachfrage auf dem deutschen Baumwollmarkt gestaltete sich in letzter Zeit wieder befriedigender und aus Sachsen und Süddeutschland waren ansehnliche Aufträge im Markt. Auch ostindischer Baumwolle wurde größere Aufmerksamkeit geschenkt, da die Spinner gezwungen waren, sie teilweise als Ersatz für die zu hoch im Preise gestiegene amerikanische Baumwolle heranzuziehen. Für gangbare ostindische Provinzen wurden ca. 30 M. je kg gezahlt, fully-middling Texas dagegen schwankte zwischen 48–55 M. je kg.

Bremen. Die Herren Knoop & Fabarius, Bremen, berichten unter dem 12. 12.: „Nach Tagen stürmischer Aufwärtsbewegung erfahren die Märkte plötzlich am 11. ds. Mts. einen starken Rückschlag, über dessen Einzelheiten genaue Ziffern noch nicht vorliegen.“

	Man schloß in	mid. disp.	Jan.	März	Mai
Liverpool..	am 9. Dez.	26,01 d	24,39 d	22,95 d	21,57 d
Newyork...	" 10. "	39,45 c	37,03 c	34,65 c	32,58 c
Neworleans	" 10. "	40,— c	37,68 c	35,09 c	32,94 c

Es ist wieder einmal anzunehmen, daß störende Vorgänge

auf dem Newyorker Effektenmarkte (Geld wurde dort am 9. ds. Mts. mit 11–12 % bezahlt) die Veranlassung zu dem Preisrückgange gegeben haben, und es bleibt abzuwarten, ob sich der Süden in seinen Forderungen für effektive Ware durch die Newyorker Vorgänge in nennenswerter Weise wird beeinflussen lassen.

Allerdings muß man beachten, daß die Verhältnisse in Amerika, die Gesamtwirtschaft des Landes betreffend, immer schwieriger werden. Die Kohlennot scheint sich von Woche zu Woche zu steigern, und der ganze Ernst der Lage geht klar aus einer regierungsseitigen Verfügung hervor, die die Tätigkeit aller nicht lebenswichtigen industriellen Unternehmungen auf drei Tage in der Woche beschränkt, die Beleuchtung der Vergnügungsorte nur von 7–11 Uhr abends gestattet, und allen Geschäftsräumen das Löschen sämtlicher Lichter von 4 Uhr nachmittags an vorschreibt. Das sind Maßnahmen, die schwerlich nur für kurze Zeit beabsichtigt und getroffen worden sind, und die nicht verfehlen können, den Druck, der jetzt schon auf allen Verhältnissen liegt, noch wesentlich zu verschärfen.

Auf der anderen Hand macht sich nach wie vor ein großer Mangel an Baumwollwaren dem herrschenden Bedarf und der Nachfrage gegenüber geltend, gewiß ein günstiges Zeichen. Dasselbe schlägt aber im Augenblicke nichts bei der im allgemeinen trüben Stimmung, jedenfalls tritt es zurzeit wesentlich in den Hintergrund.

Die amerikanischen Spinnereien verarbeiteten in dem Vierteljahre August bis Oktober ds. Js. 1548 000 Ballen — 83 000 Ballen mehr als letztes Jahr — und sind augenblicklich 34307 367 Spindeln in Tätigkeit gegen 32736584 im Jahre 1918.

Soeben erreicht uns noch folgende Ernteschätzung:
Aufgegebenes Areal (abandoned) 3,6 %
Erwarteter Ertrag per acre 152,7 lbs
Erwartete Gesamternte 10 448 000 Ballen ohne Linters.“

China. Nach nunmehr vorliegenden amtlichen Zahlen wurden 1918 1,292 Mill. Pikul Baumwolle i. W. v. 37,8 Mill. Haikuan Taels ausgeführt. Die Zahlen für 1917 lauten: 0,843 Mill. Pikul i. W. v. 55,6 Mill. Taels.

Japan. Der Einfuhrzoll [auf Baumwollgarne wurde aufgehoben.

Indien. Die Anbaufläche weist in diesem Jahre mit 18,82 Mill. acres gegen 15,81 Mill. im Vorjahr eine beträchtliche Zunahme auf.

Italienisch-Somaliland. Wie der italienische Kolonialminister mitteilte, hoffen die Italiener durch Anlage von Stauwerken und Bewässerungsanlagen am Jubafuß dem Baumwollbau bedeutende Landflächen nutzbar zu machen. Es handelt sich um die Gebiete von Jubaland und Port Kisimayo, die durch englisches Entgegenkommen zum italienischen Kolonialbesitz geschlagen werden.

Ägypten. Die Anbauflächen betragen in 1000 Feddan (1 F = 4200 qm):

	1919	1918	1917
Unterägypten	1219	1023	1293
Oberägypten	354	291	383
Zusammen	1573	1314	1676

Von den einzelnen Sorten wurden angebaut (1000 F):

	1919	1918	1917
Mitaffi & Assili ..	134,6	56,9	56,1
Nubari	39,3	21,5	23,6
Abassi	3,4	4,8	3,7
Joannovich	1,5	0,2	0,09
Sakellaridis	1133,1	952,4	1146,4
Ashmouni	361,8	273,9	334,1
Verschiedene ...	3,1	5,4	9,4

Die Ausfuhr 1918/19 betrug 718 309 Ballen. Von den 655 158 Ballen, die über Alexandrien verschifft wurden, gingen 408 943 Ballen nach England, 143 724 nach dem Festland und 78 454 Ballen nach den Ver. Staaten.

Die diesjährige Ernte beträgt nach Angaben der Alexandria General Produce Association 6,025 Mill. Kantar, nach anderen Schätzungen 4,821 Mill., 1918 wurden 6,308 Mill. Kantar geerntet.

England. Die British Industries Research association in Manchester beabsichtigt ein Baumwollforschungsinstitut ins Leben zu rufen.

Vereinigte Staaten. Preisbewegung: Höchste erreichte Preise in ct je lb:

	Ernten Mill. B:				
1919...	40,20	10,70	1909...	16,50	1899... 7 ¹⁹ / ₁₆
1918...	37,60	12,04	1908...	12,25	1898... 6 ⁹ / ₁₆
1917...	31,85	12,48	1907...	13,55	1897... 8 ¹ / ₄
1916...	21,-	12,69	1906...	12,25	1896... 8 ⁷ / ₈
1915...	12,75	12,01	1905...	12,60	1895... 9 ³ / ₈
1914...	13,75	16,74	1904...	17,25	1894... 8 ⁵ / ₁₆
1913...	14,50	14,61	1903...	14,10	1893... 9 ⁵ / ₁₆
1912...	13,40	14,09	1902...	9 ⁷ / ₈	1892... 10
1911...	16,15	16,11	1901...	12	1891... 9 ¹ / ₂
1910...	19,75		1900...	11	1890... 12 ³ / ₄
					1889... 11 ¹ / ₂
					1888... 11 ³ / ₈
					1887... 11 ¹ / ₁₆
					1886... 9 ⁹ / ₁₆
					1885... 11 ¹ / ₂
					1884... 11 ¹⁵ / ₁₆
					1883... 11 ¹ / ₈
					1882... 13 ¹ / ₁₆
					1881... 13
					1880... 13 ¹ / ₂

Frachten. Die neuen Frachtraten des amerikanischen „Shipping Board“ lauten (\$ je 100 lbs):

Nach	Atl. Häfen	Golfhäfen
Groß-Britanien	1,25	1,50
Frankreich (atl. Häfen), Portugal, Belgien, Gent, Antwerpen	1,50	1,75
Holland, Rotterdam	1,50	1,75
Dänemark, Kopenhagen	2,00	2,25
Schweden, Stockholm	2,50	2,75
„ Gotenburg, Malmö	2,00	2,25
Norwegen, Christiania	2,00	2,25
Italien, Spanien, Barcelona, Valencia Venedig, Triest, Fiume	2,25	2,50
„ Deutschland, Bremen, Hamburg	2,35	2,60
„ Danzig	1,75	2,00
	2,25	2,50

Weltmarkt. Über die Weltversorgungslage und die Ausichten, neue Anbaugelände zu erschließen, machte Professor Todd, der Sekretär der „Empire Cotton Growing Association“ auf der Jahresversammlung des „Textile Institute“ in Blackpool folgende Ausführungen: Während die Nachfrage dauernd im Steigen ist, wird die Erzeugung in den nächsten Jahren damit nicht Schritt halten können. Daher sei es eine gebieterische Notwendigkeit, zu sparen und Möglichkeiten einer Vergrößerung der Welternte zu studieren. Die amerikanische Erzeugung ließe sich zwar noch erheblich steigern, aber noch mehr wächst der Bedarf der amerikanischen Industrie.* Auch die Preise, die sich verglichen mit den Friedenspreisen, ungefähr vervierfacht haben und voraussichtlich eher noch mehr in die Höhe gehen, als wieder fallen werden, setzen dem Bezug aus Amerika selbst für England Grenzen. Da Amerika den Weltmarkt beherrscht, machte sich der Ausfall seiner Ernten in der gesamten internationalen Baumwollindustrie auf das empfindlichste fühlbar. Ganz besonders ist das jetzt der Fall, wo nacheinander vier Missernten vorliegen. Nicht nur die Weltvorräte, sondern auch die Kaufkraft der Baumwolle verbrauchenden Länder sind der Beurteilung der Weltversorgungslage in erster Linie zugrunde zu legen. Die Frachtraumfrage, die Kohlenfrage und die Frage der Steigerung der Arbeitsleistungen sind alle neben dem Hauptproblem, der Weltversorgung mit Rohbaumwolle, von geringerer Bedeutung. Die Anbaufläche in den Ver. Staaten wird kaum wieder wie vor dem Kriege den Stand von 37 Mill. acres erreichen, höchstens 35 Mill. Auch die verheerende Wirkung der Bollwormkrankheit, die Ausdehnung der Nigger-Cotton-Flächen und nicht zuletzt die ernste Wirkung der Verteuerung aller Herstellungskosten, insbesondere der Arbeitslöhne, lassen die Aussichten auf dem amerikanischen Baumwollmarkt wenig günstig erscheinen. Immerhin wird die Verbesserung der Anbaumethoden und der Saat sowie auch die vermehrte Anwendung von Maschinen einiges zur Hebung der Erzeugung beitragen.

Mexiko und Brasilien waren bisher nicht sehr versprechend, denn obgleich jedes der beiden Länder so viel Baumwolle produzieren könnte, wie die Welt braucht, führen sie dem Weltmarkt nicht mehr als 1/2 Mill. Ballen zu. Auch in Argentinien könnte der Anbau größere Erträge liefern.

In Indien ist nicht viel Aussicht vorhanden, den Anbau viel über den Stand vor dem Kriege hinaus zu steigern. Dagegen sind die Möglichkeiten in Ägypten glänzend. Die Anbaufläche in Ägypten und im Sudan ließe sich bedeutend steigern, wenn für Be- und Entwässerung entsprechende Mittel aufgewandt würden. Da mindestens eine Ausgabe von 50 Mil. £ für die nächsten zehn Jahre erforderlich ist und die Erfolge sich erst im Verlauf weiterer 5–10 Jahre zeigen werden, stehen der Ausführung dieser Pläne große Schwierigkeiten entgegen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in andern afrika-

*) Allein zur Herstellung von Autoreifen werden neuerdings annähernd 500 000 Ballen beste Baumwolle in den Ver. Staaten verbraucht, während die Weltproduktion an Langstapel-Baumwolle nur 2 Mill. Ballen beträgt.

nischen Kolonien und in Mesopotamien. Die Vorarbeiten in diesem Lande sind schon weit gediehen. Werden sie mit dem gleichem Erfolg und mit ganz bedeutenden Mitteln fortgeführt, dann besteht Aussicht, daß Mesopotamien eine ganz ansehnliche Ernte ägyptischer oder amerikanischer langfaseriger Baumwolle auf den Weltmarkt bringt.

Jute

Weltmarkt. Herr Direktor Carl Trapp schreibt uns:

„Seit dem letzten Bericht ist der seltene Zustand eingetreten, daß trotz Rückgangs der Rohmaterialpreise, Jute-fabrikate bei lebhaftem Umsatz steigende Tendenzen verfolgen. Garne stiegen auf 8 s 2 d für Common Cops, Gewebe auf 10¹⁸/₁₆ d für 40/10¹/₂ oz. Sowohl in Garnen als auch in Geweben ist Dundee bis weit in das nächste Jahr hinein voll beschäftigt, auch in Linoleum Hessians liegen seitens Amerika große Aufträge auf lange Sichten hinaus vor.

Der Rohjute markt war matt, Preise sinkend mangels Nachfrage und infolge Rückgangs der Frachten. Erste Marken gingen bis auf 56 £ für Abladungsware zurück; für Daisee Mittelware war auf Basis von 50 £ etwas Interesse. Greifbare Ware gab ebenfalls nach und ging bis auf 68 £ für erste Marken zurück. Gegen Ende der letzten Woche zog der Rohjute markt infolge des höheren indischen Wechselkurses wieder an. Firsts notieren jetzt 65 £ auf Abladung und 70 £ Lager Dundee und London. Das Angebot greifbarer Ware, welches für einige Wochen sehr dringend war, ist immer noch reichlich, doch halten die Eigner jetzt wieder fest auf Preise, nachdem die Schwierigkeiten, unverkaufte Ware einzulagern, jetzt geringer geworden sind. Man hatte in England erwartet, daß vom Kontinent starke Nachfrage eintreten würde, und daß große Quantitäten unverkaufter Ware schlank vom Kontinent aufgenommen werden könnten. Der schlechte Stand der Valuta in Deutschland und anderen Ländern stellt aber derartig hohe finanzielle Anforderungen an die Spinner, daß sich der Einkauf in engen Grenzen bewegt.

Der Calcutta Warenmarkt war für spätere Termine nachgiebiger. Anfang November notierten 10 oz. 40 in. Hessians 80 s bis 80 s 6 d, gingen bis Anfang Dezember auf 66 s 6 d zurück, sind aber jetzt in Übereinstimmung mit dem festeren Rohjute markt auf 70 s gestiegen.

Von Anfang Januar an werden die Calcutta Fabriken die Arbeitszeit von vier Tagen wieder auf fünf Tage in der Woche erhöhen.

Aus Dundee wird berichtet, daß die Arbeiter ihren Widerstand gegen die Sonnabend-Arbeit fallen ließen, da sie den Lohnausfall schwer empfinden, und daß die 48 Stunden-Woche jetzt vereinbart werden wird.

Die Erhöhung der Materialpreise und Löhne haben eine wesentliche Erhöhung der Tarife für Kalandern, Nähen, Verpacken usw. in Dundee zur Folge gehabt.

Es hat in England Beunruhigung erregt, daß Deutschland, trotz aller Schwierigkeiten, in dem an Deutschland angrenzenden Auslande erfolgreich mit Dundee in Konkurrenz getreten ist und zum Teil weit unter dem Dundee-Marktpreise offeriert. Wie gefährlich ein derartiges, unvernünftiges Vorgehen einzelner Firmen ist, geht daraus hervor, daß einzelne Schreier in England darauf sofort das Verbot der Ausfuhr von Jute nach Deutschland verlangen.“

Japan. Der Anbau von Ramie und Jute hat, wie das „B. T. J.“ v. 6. 11. berichtet, auf Formosa in den letzten Jahren rasch zugenommen. Für 1918 werden folgende Zahlen genannt:

	Anbaufläche (acres)	Ertrag (Mill. lbs)
Ramie	4684	2,2
Jute	6532	6,5

Seide

Japan. Der Markt in Yokohama, der längere Zeit überaus fest gewesen war, flaut plötzlich ab. Die Preise, die eine Höhe von 2770 Yen je Ballen erreicht hatten, sanken so, daß japanische Seide zeitweilig mit italienischer gleichstand. Die Zahl der Seidenspinnereien mit mehr als 10 Arbeitern beträgt lt. „Times“ v. 19. 11. 2834 mit 278 493 Kesseln, ist mithin im letzten Jahr um ein geringes zurückgegangen. Die Ausfuhr hat im Zusammenhang mit dem Abflauen des Marktes ebenfalls etwas nachgelassen, insbesondere im Habutai-Geschäft.

Vereinigte Staaten. Einfuhr von Seidenwaren, einschließlich Garne lt. „Foreign Com. & Nav. of the U. S. A.“

	Mill. £	davon aus:	Frankreich	Japan	England	Schweiz	Italien
1912/1913	31,8		17,3	3,5	3,8	3,9	0,8
1913/1914	30,0		14,3	4,5	4,2	4,2	1,4
1914/1915	25,1		13,4	5,3	3,6	2,3	1,2
1915/1916	37,1		19,8	6,6	4,9	3,0	2,4
1916/1917	39,7		20,9	6,0	5,4	2,9	2,0
1917/1918	34,5		19,1	5,5	5,4	2,7	1,9
Ausfuhr von Seidenwaren		14/15	15/16	16/17	17/18		
		2,7	5,2	7,2	?		

Schweiz. Der Außenhandel in Seidenwaren ist noch nicht wieder völlig in normale Bahnen zurückgekehrt, wenn auch in der ersten Hälfte des Jahres die Kriegsbeschränkungen, die der Ein- und Ausfuhr auferlegt waren, in bedeutendem Maße gelockert wurden. Die Einfuhr von Seidenwaren kam in der Hauptsache aus Frankreich (23 000 kg Seidengewebe i. W. v. 2,6 Mill. fr). Die Einfuhr von Kunstseide, hauptsächlich aus England, war ganz unbedeutend. Dagegen wurden bedeutende Mengen Kunstseide nach den Ver. Staaten ausgeführt. Kunstseide hat heute einen Preisstand erreicht, der demjenigen der Naturseide vor dem Kriege gleichkommt.

Für die Ausfuhr standen bedeutende Bestände zur Verfügung. Ungefähr die Hälfte der Gesamtausfuhr ging nach Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland. Schweden steht als Absatzgebiet für schweizerische Seidenstoffe nunmehr weitaus an erster Stelle. Auch nach Deutschland und den Staaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie gingen trotz der Einfuhrerschwerungen bedeutende Posten Seidenstoffe.

Die Ausfuhr nach England und Kanada bewegt sich immer noch in bescheidenen Grenzen, während die Sendungen nach Rumänien und besonders auch nach der Türkei einen stattlichen Umfang aufwiesen. Die Gesamtausfuhr aus der Schweiz nach sämtlichen Ländern betrug in der 1. Hälfte 1919:

	1000 kg	i. W. v. Mill. fr
Seidenstoffe	10 921	141,8
Stückseiden, roh und gefärbt	45	6,2
Kunstseide	153	6,5

Holland. Das Ausfuhrverbot für Seide und Kunstseide ist aufgehoben worden.

Hanf

Italien. Amtliche Produktionszahlen:

	1918	1917	Durchschnitt 1912/16
Anbaufläche ha	100 000	89 900	86 620
Erzeugung dz	800 000	836 500	912 700
Ertrag je ha dz	8,0	9,3	10,5

Die besetzten Gebiete sind nicht eingeschlossen.

Flachs und Leinen

Weltmarkt. Aus den bedeutenderen Absatzgebieten für Leinenwaren wird übereinstimmend wachsende Nachfrage und empfindliche Knappheit an Ware gemeldet. Da der Bedarf die Erzeugung in England, Frankreich und Deutschland bei weitem übersteigt, könnte die Lage der Leinenindustrie glänzend sein, wenn sie nicht unter empfindlichem Rohstoffmangel zu leiden hätte. England hat, wie die „Times“ berichtet, in Litauen 2000 t Flachs und 1000 t Leinsamen gekauft, die über Libau verschifft werden sollen. Man bezweifelt jedoch in Fachkreisen, ob dadurch eine wesentliche Erleichterung eintreten werde. Da Rußland den weitaus größten Teil der Weltproduktion aufbringt, wird nur die völlige Wiedereinschaltung des freien Handels mit diesem Lande das Gleichgewicht wiederherstellen können. Von der Gesamterzeugung von 115 870 t entfielen 1913 auf die einzelnen Länder:

Rußland	81 567	Deutschland	519
Belgien	18 000	Frankreich	278
Irland	13 439	übrige	405
Holland	1 668		

Rußland. Der Flachsban, der vor dem Kriege so in Blüte stand, daß die Flachsausfuhr 1912 mit 120 Rbl. die dritte Stelle unter den Ausfuhr Gütern einnahm, ist in ständigem Rückgang begriffen. 30% der Anbaufläche liegt außerhalb des Gebietes von Sowjet-Rußland, wo die Anbaufläche im Jahre 1918 nur etwa 700 000 Desjatinen betrug. Inzwischen ist sie noch um weitere 50–60% zurückgegangen. Die Herstellung von Geweben, die 1914 250 000 Pud monatlich und 1916 350 000 Pud monatlich betragen hatte, ist im Jahre 1918 auf 100 000 Pud gesunken. Bisher sind lt. „Ekonom. Shisu“ 45 Unternehmungen mit 384 919 Spindeln, 45 000 Orthspindeln

und 14 262 Webstühlen nationalisiert. Die Vorräte an Rohstoffen werden auf 2,2 Mill. Pud geschätzt, die etwa ein Jahr ausreichen würden, wenn die Versorgung mit Brennstoffen gelingt. Mitte Sept. d. J. arbeitete nur die Hälfte der Betriebe. Neuerdings ist man mit Erfolg daran gegangen, Flachs zur Herstellung eines Ersatzes für Baumwollwatte zu verwenden.

England. Die Anbaufläche in Irland war dieses Jahr 40 000 acres kleiner als im Vorjahr. Die Abnahme beträgt mithin 28,5 %. In den Kriegsjahren hatte der Anbau ganz erheblich zugenommen. Mit der Festsetzung von Preisen hat die Regierung keine besonders glückliche Wahl getroffen. Im September war der Höchstpreis von 280 £ je ton weit unter dem kontinentalen Preis von über 500 £ je ton. Wegen der gesteigerten Herstellungskosten forderten die Farmer einen Aufschlag von mindestens 75 %.

Auf eine Parlamentsanfrage betr. Flachsbau und Preise antwortete der Regierungsvertreter: „Um den guten Willen der Produzenten zu erhalten, schlägt das Ackerbauamt vor, wenn irgend möglich durch Verträge eine Anbaufläche von 5000 acres für 1920 sicherzustellen. Es soll ein Preis von 13 £ je ton mit einer möglichen Vergütung von 2 £ je ton für besonders gute Qualitäten gesichert und Saatgut unentgeltlich beschafft werden.“

Frankreich. Das Jahr 1919 brachte in der Normandie eine sehr schlechte Ernte. Der Ertrag betrug nur 3000 kg je ha gegen 5—6000 in den vorhergehenden Jahren. Die französischen Leinenwebereien sind gegenwärtig bemüht, die Flachsproduzenten für eine Steigerung des Anbaus zu interessieren. Während vor dem Kriege in Nordfrankreich 250 000 ha der Flachskultur gewidmet waren, werden heute nur noch höchstens 10 000 ha bestellt.

Kanada. In Ontario gibt es nach einem Bericht des „Dep.

of Agriculture“ 33 Flachsgesellschaften, denen 50 Betriebe gehören. Etwa $\frac{1}{3}$ der Ernte wird zur Herstellung von schottischem Werg und der Rest zur Fasergewinnung verwandt. Mehrere bedeutende Belfast Firmen besitzen in Kanada Flachsländereien; sie haben auch bedeutende Mittel aufgewandt, um nach Möglichkeit Rohstoffe britischen Ursprungs beziehen zu können. Seit 1916 hat auch die kanadische Regierung den Flachsbau unterstützt.

1917 betrug die Anbaufläche rd. 700 000 acres. Der weitaus größte Teil davon dient allerdings der Gewinnung von Leinsaat.

Ägypten. Der Flachsbau in Ägypten, der bereits uralte ist, hat im letzten Jahrzehnt Fortschritte gemacht, jedoch genügt die Erzeugung nicht, um größere Mengen auf den Weltmarkt zu bringen.

Ostafrika. In Britisch-Ostafrika hat man in den letzten Jahren mit anscheinend gutem Erfolg die Flachskultur eingeführt. Es gelangen jetzt schon mehrere Tausend t zur Ausfuhr.

Straußenfedern

Südafrikanischer Markt. Von einer hiesigen Firma wurde uns ein Bericht zur Verfügung gestellt, dem wir folgendes entnehmen: „Der Markt ist fortgesetzt leblos. Im Oktober mußten mehrfach, trotz des nicht sehr reichlichen Angebots, größere Partien zurückgezogen werden. Alle minderen und mittleren weißen Sorten waren noch am meisten gefragt, für bessere war dagegen wenig Interesse. Seitens der Produzenten macht sich immer mehr das Bestreben geltend, die Qualität zu heben, dagegen die Quantität zu verringern, um der Straußenfeder, als einen Luxusartikel, einen besseren Markt zu schaffen. Besondere Hoffnungen setzt man auf die Ver. Staaten als Abnehmer.“

Getreide und Futtermittel

Halbmonat-Bericht

erstattet von Mitgliedern des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse“

Weizen

Vereinigte Staaten. Das Ackerbaubüro gibt lt. Kabelgramm v. 12. 12. das endgültige Ernteergebnis für Winterweizen mit 732 Mill. bushel (ca. 18½ Mill. t) und für Sommerweizen mit 209 Mill. bushel (5,3 Mill. t) an. Wenn die früher gehegten Erwartungen darnach nicht ganz in Erfüllung gehen, so ist dennoch das Ergebnis gegenüber den früheren Ernten sehr gut und es kann eine gewaltige Menge für den Export zur Verfügung gestellt werden. Daß die Ausfuhr sich bislang nur in bescheidenen Grenzen hielt, findet seine Ursache wohl hauptsächlich darin, daß sämtliche kaufenden Länder Europas zu arm sind, um große Mengen zu beziehen, zumal der Preis des amerikanischen Weizens künstlich auf einer Höhe gehalten wird, der durch nichts gerechtfertigt wird. In englischen Kreisen wird aber bestimmt, damit gerechnet, daß die amerikanische Regierung erst alle übrigen Mittel versuchen wird, den Export zu beleben, und sogar sich wohl dazu verstehen würde, das Getreide gegen einen langfristigen Kredit zu verkaufen, ehe man an eine Herabsetzung des Weizenpreises denken würde. Immerhin steht fest, daß die Regierung nunmehr irgendwelche energische Maßnahmen treffen muß, um den gewaltigen Weizenüberschuß nach Europa in Bewegung zu setzen.

Der Stand der Saaten ist im allgemeinen gut, und wird je nach der Gegend mit 95 % bis 85 % bewertet. Die Pflanzen haben sich kräftig entwickelt, so daß sie den Gefahren des Winters trotzen können.

Einen wesentlichen Einfluß des amerikanischen Marktes während der vorliegenden Berichtsperiode hatte der Kohlenarbeiterstreik, der, wenn er auch offiziell als beendet angesehen wird, dennoch nach englischer Ansicht immer mehr zunimmt. Die Eisenbahntransporte sind Einschränkungen unterworfen, und Getreide und Mehl werden nur für den dringendsten Bedarf zum Transport zugelassen.

Die sichtbaren Vorräte haben daher bedeutend abgenommen und werden im einzelnen (in 1000 bushels) wie folgt angegeben:

	6. 12. 19	29. 11. 19	7. 12. 18	8. 12. 17	Unterschied gegen Vorwoche
Weizen (Ver. Staat.)	87 249	89 737	112 071	25 672	— 2 488
„ (Kanada) ..	16 620	15 779	20 940	17 513	+ 841
Mais (Ver. Staat.)	1 631	1 377	2 196	1 730	+ 254
Hafer („)	15 847	16 922	28 801	17 586	— 1 075
Rooggen („)	17 304	17 191	12 365	3 331	+ 113
Gerste („)	3 084	2 935	6 614	3 989	+ 149

Weizen notierte in New York unverändert 237½ cts franko Bord und auch der Mehlpreis in Minneapolis blieb unverändert auf 13,25 \$ für Fancy Patents stehen. Infolge der Schwierigkeiten, Getreide in genügenden Mengen zu den Seehäfen zu bringen, ist man wieder dazu übergegangen, zwecks besserer Ausnutzung der Eisenbahnwagen Mehl zu exportieren. Im übrigen hielten sich die Verladungen immer noch auf regulärer Höhe.

Kanada. Die diesjährige Anbaufläche von Winterweizen ist um 10 % größer als die vorjährige. Der Saatenstand wird als gut bezeichnet. — Die Grenzbewohner bringen den kanadischen Weizen in großen Mengen mit Fuhrwerk über die schlecht kontrollierte amerikanische Grenze hinüber. Minneapolis zahlt 2,75 bis 2,90 \$ für den kanadischen Hartweizen, gegenüber dem kanadischen Übernahmepreis von 2,15 \$, und da der amerikanische Dollar außerdem noch um ca. 3—5 % günstiger im Kurse gegenüber der englischen Währung steht, so haben die Kanadier einen doppelten Nutzen bei diesem Verstoße gegen die bestehenden Gesetze.

Australien. In der vorliegenden Berichtsperiode gelangte eine relativ große Menge Weizen zur Verladung nach Europa. Die Aussichten für die inzwischen begonnene neue Ernte haben sich nicht gebessert und man muß, wie die „Corn Trade News“ v. 18. 11. berichten, eher mit weniger als mit mehr als 50 Mill. bushel (ca. 1,25 Mill. tons) rechnen.

Indien. Die Ernte scheint zufriedenstellend ausgefallen zu sein, so daß australischer Weizen, der nach diesem Lande bestimmt war, von Bombay nach England in nicht unbeträchtlichem Umfang weiterverladen werden konnte.

Argentinien. Die neue Weizenernte hat nunmehr auch in den südlichen Provinzen teilweise begonnen und vollzieht sich unter günstigen Verhältnissen, wenn auch die ersten brieflichen Nachrichten verschiedene Klagen über schlechte Qualität, ungünstiges Wetter usw. bringen. Diesen Nachrichten dürfte im allgemeinen nicht allzuviel Gewicht beizulegen sein, da kaum ein anderes Land mehr wie Argentinien darauf angewiesen ist, für seine landwirtschaftlichen Produkte höchste Preise zu erzielen. Da die neue Ernte in Kürze in den Seehäfen zur Verladung bereit sein wird und von der alten Ernte sich noch große Vorräte im Lande befinden, so verfehlen die großen Mengen natürlich nicht, ihre Wirkung auszuüben, so daß sich der Markt in recht schwacher Haltung bewegte. Lt. Telegramm aus Buenos Aires v. 3. 12. wurden dort 14,05 Pesos franko Bord notiert, während die sichtbaren Vorräte sich um 5000 t auf 85 000 t verringerten. Die Verladungen in der Berichtsperiode zeigten eine geringe Abnahme. Der größte Teil der verschifften Mengen geht nach dem Kontinent.

England. Die Ablieferungen von inländischem Weizen seitens der Farmer lassen sehr zu wünschen übrig und werden auch in diesem Lande ernsthaft Befürchtungen laut, daß ein beträchtlicher Teil des Brotgetreides verfüttert wird, während das Futtergetreide im freien Handel zu Preisen abgesetzt wird, die den Höchstpreis für Weizen um ein Vielfaches übersteigen.

Die Zufuhren überseeischen Weizens waren genügend, doch hören die Klagen über die geringe Qualität der Ankünfte nicht auf.

Frankreich. Im Monat November sind in allen Teilen des Landes reichliche Niederschläge gewesen, die den Saaten von großem Nutzen gewesen sind. Der Stand derselben befriedigt durchaus. Die Mühlen klagen über eine ungerechte Verteilung des Mahlgutes. Während einige überreichlich versehen werden, wird anderen garnichts zuteil, und wird die Günstlingswirtschaft allgemein verurteilt.

Rumänien. Nach den „L. GR. S. & O. R.“ v. 21. 11. soll zwischen Belgien und Rumänien ein Tausch von Steinkohle gegen Weizen vereinbart worden sein, und zwar liefert Belgien monatlich ca. 50 000 t Kohle und erhält dagegen die gleiche Menge Weizen zu einem Preise, der sich um 25 % günstiger stellt, als derjenige, zu dem Belgien von anderen exportierenden Ländern kaufen kann. — Die im Herbst mit Weizen bestellte Fläche wird mit 600 000 ha angegeben, was ungefähr die Hälfte der vorjährigen bedeuten würde, die bereits sehr viel kleiner war als diejenige der letzten Friedensjahre.

Südrussland. Der Versuch, aus den von den Bolschewisten befreiten Teilen Südrusslands Getreide herauszubringen, ist fehlgeschlagen, denn, wie dem englischen Unterhause von Bonar Law mitgeteilt wurde, mußten mehrere Schiffe, ohne Ladung eingenommen zu haben, wieder auslaufen, da die Ladungen nicht herangeschafft werden konnten.

Roggen

Vereinigte Staaten. Die Preise haben bedeutend angezogen, New York notierte am 10. 12. 180 1/2 cts gegen 164 cts am Schlusse unseres vorigen Berichtes. Genaue Mitteilungen über die Ursache dieser Preissteigerung liegen noch nicht vor. Der Eigenverbrauch ließ nach den letzten brieflichen Mitteilungen noch sehr zu wünschen übrig, und auch die Ausfuhr hielt sich in bescheidenen Grenzen aus denselben Gründen, die wir bereits beim Weizen erörtert hatten.

Mais

Vereinigte Staaten. Das Ackerbaubüro gibt die diesjährige Gesamternte mit 2917 Mill. bu. (74 Mill. t) offiziell an. Doch kommt die neue Ernte in so geringem Umfange an den Markt, daß die kleinen Zufuhren vom Konsum schlank aufgenommen werden, und die Nachfrage nicht befriedigt werden kann. Die Folge hiervon ist ein all-ähliches Steigen der Preise während der Berichtsperiode gewesen; in Chicago wurden am 10. 12. 143 1/4 cts gegen 133 1/4 cts am Schlusse unseres letzten Berichtes notiert. Die zur Ablieferung kommenden Mengen sind von guter Qualität.

Argentinien. Infolge des geringen zur Verfügung stehenden Schiffsraums nahmen die Verschiffungen beträchtlich ab, während aus dem Innern reichliche Zufuhren zu den Häfen gelangten. Infolgedessen drückten sich die Preise wieder, die gegen unseren vorigen Bericht eine Aufbesserung erfahren hatten, auf 6,65 Pesos. Die sichtbaren Vorräte werden am 3. 12. mit 110 000 t angegeben.

Hafer

Vereinigte Staaten. Die diesjährige Gesamternte wird vom Ackerbaubüro mit 1248 Mill. bushel angegeben. Die rege Nachfrage seitens Englands hielt an. Demgemäß setzte der Hafer seine Aufwärtsbewegung am New Yorker Markte fort. Es wurden am 10. 12. dort 93 cts notiert mit weiterer Tendenz nach oben.

Argentinien. Der Markt war unverändert und der Preis blieb auf 7,05 stehen. Die Verladungen gingen um die Hälfte gegen die Vorwoche zurück; es wurden nur 50 500 quarter verschifft. Der sichtbare Bestand wird am 3. 12. mit 35 000 t angegeben.

Leinsaat

Vereinigte Staaten. Nach dem kräftigen Anziehen der Preise am Schlusse unseres letzten Berichtes beruhigte sich der Markt wieder und es waren täglich Preisrückgänge zu verzeichnen. Duluth notierte am 10. 12. 445 cts gegen 492 cts vor zwei Wochen. Die Nachfrage bleibt jedoch lebhaft und das geringe Angebot wird von den Fabrikanten begierig aufgenommen.

Argentinien. Die neue Ernte ist lebhaft im Gange und die Nachrichten lauten durchaus günstig. Auf den New Yorker Markt hin war auch in Buenos Aires die Tendenz weichend und wurden am 3. 12. 37,95 gegen 39,55 \$ vor 14 Tagen notiert. Auch in Leinsaat zeigen die Verladungen eine große Abnahme, denn es werden nur 7000 t gemeldet, von denen 4000 t nach den Vereinigten Staaten gingen, während der Rest nach dem Kontinent verladen wurde. Die sichtbaren Vorräte werden mit 30 000 t angegeben.

Neueingänge

einzu sehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8-4 Uhr

Drei Bücher über den Heldenkampf der Ostafrikaner.

„Mit Lettow-Vorbeck durch Afrika.“ Von Ludwig Deppe. Berlin, Scherl, 1919. 505 S. Geb. 20,— M.

„Deutsch-Ostafrika im Weltkriege.“ Wie wir lebten und kämpften. Von Heinrich Schnee. Leipzig, Quelle & Meyer, 1919. XII, 439 S. Geb. 22,— M.

„Meine Erinnerungen aus Ostafrika“ von General von Lettow-Vorbeck. Leipzig, Koehler, 1920. XIV, 302 S. 2. Kt. 21. Sk. Geb. 38,50,— M. Geb. 28,50,— M.

An Umfang und an Schnelligkeit, mit der es den beiden anderen Erscheinungen zuvor kam, steht das Deppesche Buch an erster Stelle. Aber auch nur in dieser Hinsicht. Über die Hälfte des Inhalts ist Ballast. Und die Fixigkeit hat auch noch den Wert beeinträchtigt: es wimmelt von Fehlern und Versehen.

Der Gouverneur, dem bestimmungsgemäß auch die oberste militärische Gewalt im Schutzgebiet zustand, gibt außer einer durch ausreichendes Kartenmaterial unterstützten eingehenden Darstellung der Kämpfe, einen höchst lehrreichen Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung in den vier Kriegsjahren, ohne deren glänzende Erfolge ja der Versuch des militärischen Widerstandes aussichtslos gewesen wäre. Obwohl das Werk von der hohen Warte des Politikers und Staatsmannes geschrieben ist, kann es auch durchaus jedem deutschen Jungen auf den Weihnachtstisch gelegt werden. Unter den zahlreichen Illustrationen sind besonders die hübschen farbigen Wiedergaben Hans Bussecher Landschaften zu nennen.

„Unser Lettow“ hat sich am knappest gefaßt, ist dafür aber am temperamentvollsten. Die kriegerischen Vorgänge sind ungemein fesselnd geschrieben. Mit hinreißender Kraft rollt der gewaltigste Heldensang von deutscher Männer Kriegerkraft und Seelengröße an uns vorbei. Das sind Bücher die noch nach Jahrzehnten und Jahrhunderten erheben werden. Bezüglich der Karten ist das Lettow'sche Buch das bestversorgte, bezüglich der Illustrationen auch das eigenartigste. Der Hamburger Maler von Ruktessell gibt ganz wundervolle Zeichnungen von kartonartiger Schärfe und Energie; besonders schön sind die Charakterköpfe. Ein Könnler wie er hat andererseits Konzessionen an den modernen Kunstbolschewismus nicht nötig! H. Z.